

36 | Juli/August '77

Offensiv links

FÖJ Bewegung für Sozialismus

5 Des einen Bonus des anderen Malus

7 Justizpalastbrand wird noch immer gelöscht

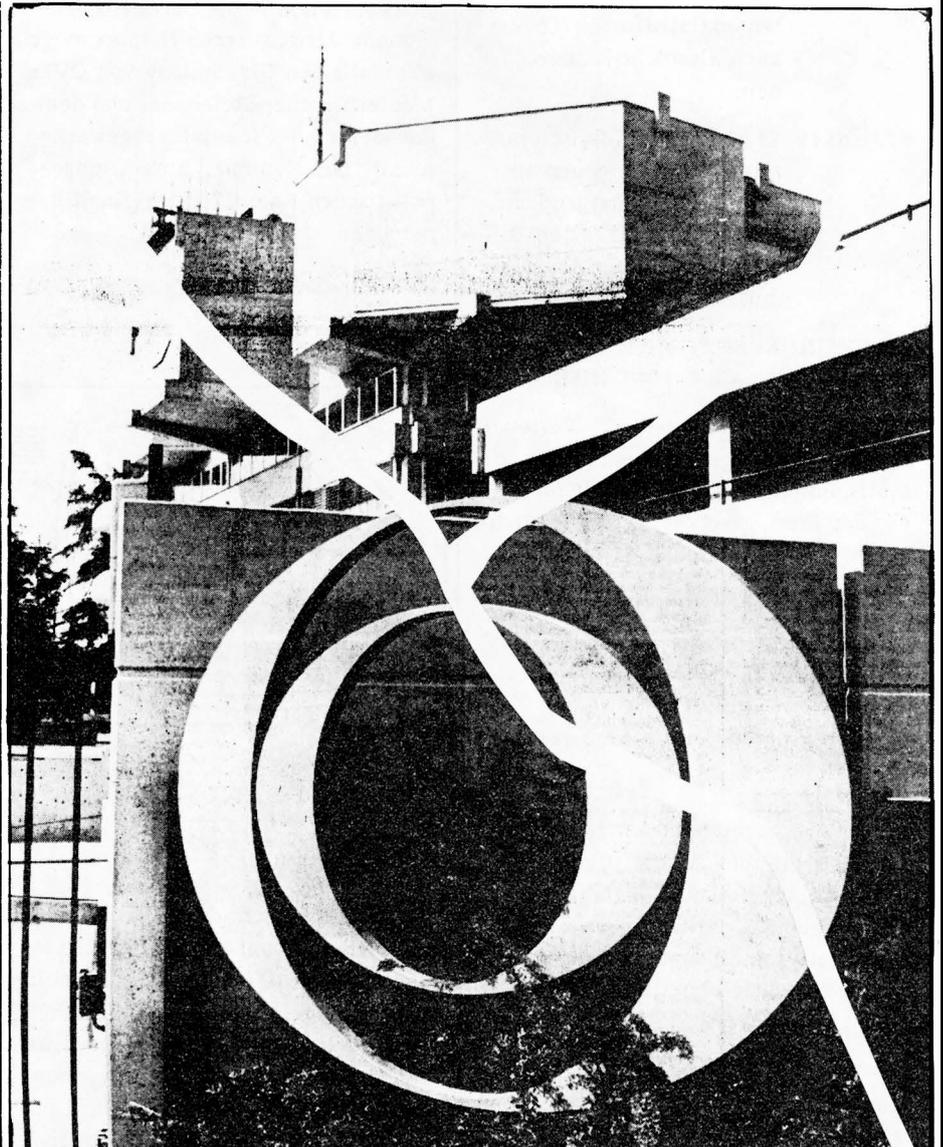
18 21. August 1968
Nicht Geschichte sondern Gegenwart

24 Information über das Russell-Tribunal

ORF: Entmonopolisierung - Föderalisierung - Regionalisierung?

Es war weder besonders neu noch besonders originell, was anlässlich der Mitte Juni stattgefundenen "Linzer Medientage" in das Scheinwerferlicht der Fernsehkameras, die die Öffentlichkeit bedeuten, gestellt wurde: Dezentralisierung von Teilen des Fernsehprogramms; oder - wenn man es anders herum, aber dennoch genauso richtig, lesen will - Auflösung des Rundfunkmonopols des ORF.

Neu war dieser Vorschlag schon deshalb nicht, weil Bundeskanzler Kreisky höchstselbst am Villacher Parteitag der SPÖ 1972 den dritten, ungenutzten Fernsehkanal, der Österreich aufgrund internationaler Abkommen zusteht, den österreichischen Zeitungsverlegern feilbot. Neu auch deshalb nicht, weil die Konservativen im Lande, seitdem ihr Artgenosse Gerd Bacher nicht mehr über den Königberg die eingeschalteten Hörer und Seher erreicht, auf Gleichschaltung erkannten. Universitätsprofessor Korinek berief sich sogar auf Artikel 10 der Menschenrechtskonvention, der jedermann die freie Äußerung und den freien Empfang von Nachrichten garantierte und befand, da die Menschenrechtskonvention in Österreich Verfassungsrang besitzt, das ORF-Monopol für verfassungswidrig. (1) Die



Man muß den wirklichen Druck noch drückender machen, indem man ihm das Bewußtsein des Drucks hinzufügt, ... man muß diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen bringen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt!

Karl Marx ★

offensiv links

offensiv, weil Verhältnisse, die drücken, sich nicht von selbst ändern.

links, weil wir Widersprüche aufdecken, Erfahrungen ins Bewußtsein rufen, Probleme verallgemeinern, die die Überlebtheit, ja Lebensgefährlichkeit des Kapitalismus offenlegen - bei uns in Österreich und in der Welt. Links, weil wir die Sackgassen in der Entwicklung der sogenannten sozialistischen Länder auch als solche kennzeichnen.

offensiv links - solidarisch mit allen Kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, solidarisch mit allen Bewegungen für den Sozialismus.

ERSCHEINUNGSORT WIEN
VERLAGSPOSTAMT 1040 WIEN

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: Bewegung für Sozialismus (föj). Für den Inhalt im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich: Alfred Prandl. Alle: 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1020 Wien, Franz-Hochedlinger-Gasse 6 (im Hof).
Telefon: 33 83 374.

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52.

Namentlich gezeichnete Artikel geben die Meinung des Autors wieder. Mit Initialen gezeichnete Artikel geben die Meinung der Redaktion wieder. Organisationsmeinungen müssen als solche gekennzeichnet sein.

Einzelpreis: S 5,-
Abonnement: S 50,- (jährlich).

Kontonummer:
223-102-976, Länderbank Wien.

Fortsetzung von Seite 1

ORF: Regionalisierung - Föderalisierung - Entmonopolisierung ?

Freiheit des Jedermann, die sich so außerhalb der Festspielzeit in den "Salzburger Nachrichten" niederschlug, wird freilich nicht nur durch den Umstand begrenzt, daß zur Errichtung einer Rundfunkstation erheblich mehr Kapital als zur Herausgabe einer Zeitung notwendig ist; - was ja auch schon etlichen Leuten zu teuer ist. Sie ist auch durch die simple Tatsache beschränkt, daß Radiofrequenzen nicht beliebig vermehrbar sind wie Zeitungspapier.

Originell war die Forderung nach Regionalisierung des Fernsehens durch Privatisierung ebenfalls nicht, da derartige Absichten in verschiedenen Variationen in etlichen europäischen Staaten, etwa in den Niederlanden, in Schweden und in der BRD bestehen. Freunde des schwarzen Humors mögen allenfalls den Gleichklang von ÖVP-Mediensprecher Steinbauer und dem Präsidenten der Journalistengewerkschaft, Dr. Nennings, im "antimonopolistischen Kampf" als originell bezeichnen.



Die Diskussion um das Lokalfernsehen trägt ein national-parteiliches und ein international-wirtschaftspolitisches Siegel. Sie hat aber, was Österreich betrifft, zur Zeit noch wenig bis gar nichts mit den Interessen der Betroffenen, den Zusehern, zu tun. Die ÖVP hofft durch stärkere Einbe-

ziehung der Politiker der Bundesländer einen größeren Einfluß über den Funk zu bekommen. ÖVP-Landeshauptmann Niederl wünscht sich so einen "Steirischen Rundfunk". Die Radio- und Fernsehgerätebranche andererseits sieht den nicht allzu fernen Tag voraus, an dem der Markt mit ihren Produkten gesättigt ist, wenn nicht technische Neuerungen neuen Absatz garantieren. In Schweden ist dieser Zustand bereits erreicht. Die internationalen Elektronikkonzerne und die mit ihnen verflochtenen und auch in Österreich wie Pilze aus dem Boden schießenden einschlägigen Studien- und Vertriebsgesellschaften warten auf Realisierungsmöglichkeiten für ihre Projekte, deren Entwicklungskosten, sofern ihnen nicht eine hilfreiche öffentliche Hand unter die Achseln griff, sie bereits tragen mußten. Die ohnehin schon im Medienmarkt Involvierten, d.h. die Werbefirmen und Verlage, warten auf neue Anlagensphären...

Und die Gewerkschaft? Deren Repräsentanten kann unter dem Aspekt der Arbeitsplatzsicherung zur Zeit scheinbar alles eingeredet werden. - Nennings Vorschlag basiert auf der gleichzeitigen Forderung, daß in den neuen Lokalprojekten kein bereits anderweitig eingestellter Journalist engagiert werden darf.

Die derzeit in die Diskussion geworfenen Vorschläge beziehen sich alle auf die im Rundfunkgesetz 1974 vorgeschriebene Berücksichtigung der Bundesländerinteressen. (2) Sie würden aber alle - mit Ausnahme der vom ORF vorgeschlagenen Variante - eine Verfassungsänderung voraussetzen. Denn in Artikel I des am 10. Juli verabschiedeten Bundesverfassungsgesetzes über die Sicherung der Unabhängigkeit des Rundfunks heißt es:

* Rundfunk ist die für die Allgemeinheit bestimmte Verbreitung von Darbietungen aller Art in Wort, Ton und Bild unter Berücksichtigung elektrischer Schwingungen ohne Verbindungsleitung bzw. längs oder mittels eines Leiters sowie der Betrieb von technischen Einrichtungen, die diesem Zweck dienen. Rundfunk... ist eine öffentliche Aufgabe."

Verfassungsartikel lassen sich allerdings mit parlamentarischer Zweidrittel-Mehrheit ändern.

Modelle lokalen Fernsehens

Beim gegenwärtigen technischen und politischen Entwicklungsstand sind folgende österreichische Modelle lokalen Fernsehens denkmöglich:

1. Regionalisierung: Das ist die vom ORF vertretene Variante. Sie sieht den stufenweisen Ausbau der Bundesländerstudios vor, um so zu einer Art "Ö-Regional" auf dem Bildschirm zu kommen. Die einzelnen Landesstudios hätten demzufolge ein unmittelbares Programmgestaltungsrecht, sie blieben aber Abteilungen des Österreichischen Rundfunks und unterstünden weiterhin der Kontrolle durch Kuratorium, Generalintendant, Hörer- und Sehervertretung und Prüfungskommission.

An der Realisierung dieses Vorschlags, deren Kosten mit 356 Millionen Schilling bzw. jährlichen Folgekosten von 74 Millionen beziffert wird, verdienen allein die Hersteller von Studio- und Sendeeinrichtungen und die Post mit ihrem Monopol für Leitungs- und Sendebetrieb. Das den ORF treibende Moment ist die Angst vor der zukünftigen technischen Entwicklung auf dem audiovisuellen Markt, die kleinste lokale Einheiten - als Kunden großer Konzerne, versteht sich - zu autarken Programmempfängern werden lassen könnte.

2. Föderalisierung: Sie wird von Teilen der ÖVP, speziell vom steirischen Landeshauptmann Niederl, gefordert. Die Rundfunkhoheit soll demnach - zumindest für ein Programm - in Länderkompetenz übergehen. Die Länder hätten die Möglichkeit, entweder ein Vollprogramm zu senden oder, ähnlich wie im 3. Programm der BRD, sich fallweise zu Gemeinschaftsprogrammen zusammenzuschließen. Bei politisch mißliebigen Sendungen kann man sich andererseits landesweit ausschalten, wie dies beispielsweise das Bayrische Fernsehen seit längerem praktiziert, wenn der CSU ein Beitrag zu linksverdächtig erscheint. Niederls Medienadlat Schilcher meinte bereits, daß der steirischen Jugend Wiener vom Schlage einer "Ohne-Maulkorb-Redaktion" eigentlich nicht zuzumuten seien.

In den Genuß der Vorteile dieses Konzepts kommen hauptsächlich die lokalen Parteigrößen. Die Kosten liegen, je nachdem, ob man Vollversorgung über ein Programm oder gar ein eigenes Sendernetz anstrebt, erheblich über denen der Variante eins.

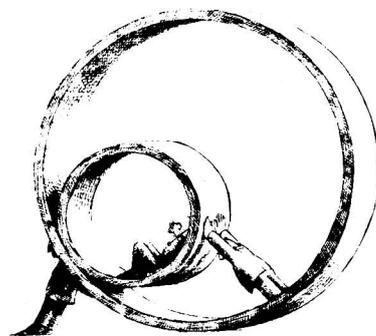
3. Programmvermietung: "Bei Wahrung der Programmpriorität des ORF" an private Interessenten Sendezeit zu vermieten, schlug der ehemalige Hörfunk-Programmdirektor Alfred Hartner vor. Dazu wären kaum neue Investitionen erforderlich. Fernsehproduktion kostet aber dennoch, die zu entrichtende Miete nicht gerechnet, einiges. 1972 belief sich eine Programmstunde auf ca. 226.000 Schilling. Daher müßten die Unkosten auf jeden Fall über Werbeeinnahmen hereingebracht werden. (3) Soll sich die Anmietung von Fernsehzeit lohnen, muß also entweder die Werbezeit beträchtlich erhöht oder aber auf eine Art Umwegrentabilität spekuliert werden: Propaganda, die für eine Partei oder Interessengruppe zu Buche schlägt. Wobei Geschäfts- und Propagandainteresse sich ja mitunter vereinbaren lassen.

4. Privatisierung eines Kanals: Das ist faktisch die Ausweitung von Variante Nummer drei. Hierzu gibt es seit längerer Zeit abschreckende Beispiele. In den USA gingen aus dem beinharten Kampf um Einschaltziffern, welche die Bemessungsgrundlagen für die Werbetarife sind, einige wenige Informationskonzerne hervor. - Denn um das Kapital optimal zu verwerten, werden zumeist Verflechtungen mit brancheneigenen bzw. -ähnlichen Unternehmungen eingegangen. Das bewirkt die Herausbildung lokaler Monopole und die drastische Reduzierung des Informationsangebots. Einen sanften Geschmack davon vermitteln die diversen Krimi- und Westernserien, die der ORF für uns einkauft. Sie machen den Großteil des Programms der US-amerikanischen Funkhäuser aus, rhythmisch unterbrochen von Werbespots. Daß überdies 35,6% der US-Haushalte von einem lokalen Informationsmonopol, bestehend aus Rundfunkanstalt und Zeitungsverlag, versorgt werden, hat sogar schon die Anti-Trust-Kommission Entflechtungsmaßnahmen vorschlagen lassen.

In Großbritannien konkurrieren zwei öffentlich-rechtliche und über Rundfunkgebühren finanzierte BBC-Programme mit einem aus 14 Privatgesellschaften bestehenden "Unabhängigen Fernsehen" (Independent Television), das sich aus Werbeeinnahmen ernährt. Die Folge, wie zahlreiche Untersuchungen erhärten: Die Oberschicht sieht BBC, die Unterschicht die amerikanischen Serienimporte von Independent Television.

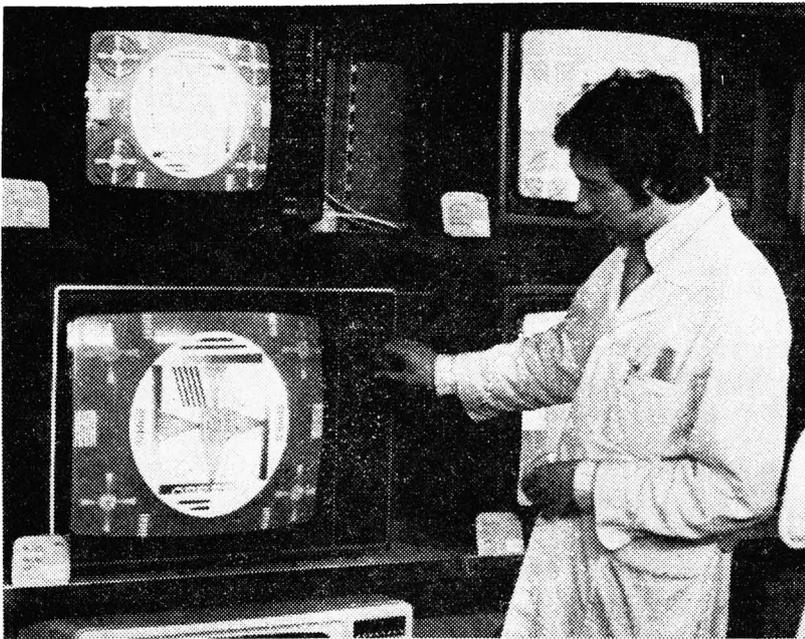
5. Kabelfernsehen: Auch dieses ist gemäß gültigem Verfassungsrecht Rundfunk und mithin "öffentliche Aufgabe". Dennoch wird aber in nicht allzu ferner Zukunft via Kabel der Anschluß an die bundesdeutschen Programme vollzogen werden. Daneben gehen laufend entstehende Kabelfernsehgesellschaften - es gibt beispielsweise schon eine "Kabelfernseh Ges. m. b. H. Pinzgau" und eine in Zell am See - in Startposition. Hier ist nämlich, bei vergleichsweise niedrigen Investitionskosten, ein gutes Geschäft zu machen. Ein Geschäft, das sich auch auf die Adaptierung der Fernsehgeräte erstreckt und das Ausbauperspektiven verspricht.

Die derzeitigen Glasfaserkabeln eignen sich für eine Kapazität von 24 Hörfunk- plus 12 TV-Programmen. Sie machen, einmal verlegt, auch lokal begrenzte Gebiete zu lukrativen Absatzmärkten. Die Finanzierung kann entweder über Werbeeinschaltungen erfolgen - wobei sich hier gerade für die Zielgruppenwerbung "interessante Perspektiven" bieten - oder über ein



Ausgewogenes Programm





in den USA bereits verwendetes Zweigkabel (pay-cable), welches analog zum Telefon die benutzten Zeiteinheiten registriert und eine Verrechnung ermöglicht.

6. Freigabe des UKW-Bandes: Dies steht in Österreich offiziell bislang nicht zur Diskussion und entspricht der Realität in Italien. Aber selbst in diesem Land, in dem weite Bevölkerungsteile ein ausgeprägtes politisches Bewußtsein besitzen, scheitern nicht profitorientierte Sender zu meist am Geld. Und auch bei den nach kapitalistischen Prinzipien betriebenen Funkanstalten setzen sich - wie überall - nur die Stärksten durch. Vor einem Jahr gab es noch rund 2000 private Hörfunk- und 600 private TV-Stationen, deren Zahl mittlerweile auf ca. 980 bzw. 150 abgesunken ist. Einundzwanzig Fernsehsender haben sich zum "Nationalen Konsortium des freien Fernsehens" zusammengeschlossen, um so besser mit der staatlichen Anstalt RAI um Werbeaufträge konkurrieren zu können. Von den derzeitigen italienischen Privatsendern werden von der Österreichischen Botschaft in Rom (4) rund 50% als "politisch indifferent", die sich "auf Unterhaltung und Werbung konzentrieren" eingestuft; 27% der "politisch gemäßigten Mitte", etwa 15% "der politischen Linken bis in das extreme Spektrum hinein" und etwa 8% "der politischen Rechten" zugezählt.

Meinungsfreiheit ist nicht Gewerbefreiheit

Rundfunk und Massenkommunikation überhaupt haben schon von ihrer Bestimmung her, die Öffentlichkeit zu informieren, eine öffentliche Aufgabe. Es kann daher nicht einigen Geldgebern überlassen werden, Meinungs- und Informationsfreiheit mit Gewerbefreiheit zu übersetzen.

Das gegenwärtige Rundfunkrecht ist schlecht und undemokratisch. Zahlreiche "Repräsentanten der Hörer und Seher", wie beispielsweise die der Kirchen und der Kraftfahrerorganisationen, besitzen nicht einmal die demokratische Legitimation ihrer eigenen Mitglieder. Die Suspendierung der Rundfunkgesetze zugunsten einer Privatisierung brächte aber genau das Gegenteil von dem, was sie zu sein vorgibt. Die technische Umwälzung in der Elektronik, von der das Kabelfernsehen nur ein bescheidener Teil ist, könnte andererseits gerade die Bewohner regional zusammenhängender Gebiete - Stadtteil, Gemeinde, Bezirk, usw. - aus ihrer Vereinzelung herausreißen und reden machen, statt ihr Schweigen und ihre Isolation noch zu zementieren. In seiner "Rede über die Funktion des Rundfunks" stellte Bertold Brecht fest: "Der Rundfunk muß den Austausch ermöglichen. Er allein kann die großen Gespräche der

Branchen und Konsumenten über die Normung der Gebrauchsgegenstände veranstalten, die Debatten über die Erhöhung der Brotpreise, die Dispute der Kommunen. Sollten Sie dies für utopisch halten, so bitte ich Sie, nachzudenken, warum es utopisch ist."

Ein technisches Problem ist dies übrigens nicht.

R. H. ★

Anmerkungen:

- (1) Karl Korinek, Die rechtliche Problematik des Rundfunkmonopols. In: Der Staatsbürger (Beilage der Salzburger Nachrichten), 30. Jg. Nr. 11, 31.5.1977
- (2) § 2 Abs. 2: "Der Österreichische Rundfunk hat... insbesondere auf die bundesstaatliche Gliederung nach dem Grundsatz der Gleichbehandlung der Länder Bedacht zu nehmen." und § 3 Abs. 2 "... In den Programmen des Fernsehens sind die Interessen der Länder zu berücksichtigen..."
- (3) Bezieht man die Programmkosten von 1972 auf die ORF-Werbetarife von 1973, so müßte pro Stunde eineinhalb Minuten gesendet werden, nur um die Unkosten zu decken. - Das gegenwärtige Rundfunkgesetz beschränkt Werbezeiten auf 20 Minuten in beiden Programmen, wobei Sonntage und gesetzliche Feiertage werbefrei zu sein haben.
- (4) Bericht der Österreichischen Botschaft in Rom über die derzeitige Rundfunksituation in Italien an das Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten vom 15. 5. 1977.

**Deine
Versicherungen
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 658797/98/99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 6820 392

Des einen Bonus des anderen Malus

"Ich bin der Meinung, daß alle Überlegungen zu spät kommen", ließ Mitte Juli der Präsident des Versicherungsverbandes Norbert Zimmer vor Journalisten verlauten, die ihn auf die vielen kritischen Stimmen zum Bonus-Malus System aufmerksam machten. "Man müsse sich jetzt", so orakelte er weiter. "mit den Details des neuen Systems auseinandersetzen". Herr Zimmer kann leicht reden, beruft er sich doch auf jene fragwürdige Meinungsumfrage von 2026 Autofahrern, wovon sich über 60% für das neue Bonus-Malus-System ausgesprochen haben. Diese Meinungsbefragung war allerdings von Anfang an aus zwei Gründen eine Farce:

1. weil vor der Befragung keine bis gar keine Information über die Funktion und über das Funktionieren des Bonus-Malus an die Öffentlichkeit gedrungen ist. Die befragten Autofahrer daher nur emotional begründete Antworten geben konnten.

und 2. die Fragestellung das Ergebnis vorweggenommen hat.

Von den Versicherungsgewaltigen wurde dieses Umfrageergebnis, welches pikanterweise von der Autofahrerorganisation ÖAMTC gefordert und initiiert wurde, mit Genugtuung aufgenommen. Ausgerüstet mit diesen demoskopischen Ergebnissen und Kostenrechnungen über die Haftpflichtversicherung wurde der Finanzminister aufgefordert, dem neuen Bonus-Malus-System zuzustimmen, was er auch prompt getan hat. Damit hat sich der sozialistische Finanzminister eindeutig als Interessensvertreter des Versicherungskapitals erwiesen, verschaffen sich doch die Herrscher über Glaspaläste durch das neue Bonus-Malus-System risikolos gigantische Gewinne am Rücken der Betroffenen. Immer wieder beteuerten die hohen Herren der Versicherungen, daß der Prämienzugang von der Haftpflichtversicherung die zu bezahlenden Leistungen nicht decke bzw. Verluste entstünden.

Die Argumentation hat nur einen Haken: die vorgelegten Bilanzen und Kostenaufstellungen sind schlicht und einfach manipuliert. Denn so werden z. B. sämtliche Büroräume, in denen Haftpflichtversicherungen abgeschlossen werden, sowie alle Versicherungsangestellten, die damit zu tun haben, auf der Kostenseite ausschließlich dem Haftpflichtgeschäft angelastet. Obwohl auch andere Versicherungsarten in diesen Räumen bzw. von den selben Angestellten abgewickelt werden. Gleichzeitig werden die sogenannten "Rückstellungen für noch offene Schadensfälle" auf der Kostenseite eingebracht. Der programmierte Verlust ist perfekt. Am Beispiel der Wiener Städtischen Versicherung ist diese Rechnungsweise zu veranschaulichen; so hat diese Versicherung 1976 1,9 Milliarden Prämienzugang zu verzeichnen; davon waren 620 Millionen an Leistungen zu erbringen, 240 Millionen wurden als Verwaltungskosten inklusive Provisionen ausgewiesen und 1 Milliarde wurde als "Rückstellungen" kalkuliert. Ergebnis ca. 40 Millionen Verlust. Die Prämienhöhung um 6% per 1. August 1977 ist das handfeste Ergebnis dieser vorgelegten Kostenrechnung. Alles in allem können die Versicherer zufrieden sein, schlagen sie doch gleich dreimal zu:

1. erhöhen sie ihre Gewinne durch das Bonus-Malus-System
2. konnten sie eine Prämienhöhung der Haftpflicht um 6% durchsetzen
- und 3. freuen sich schon die Versicherungsstrategen ob der anzunehmenden Steigerung der Sparte Rechtsschutzversicherung, die durch die Einführung des Bonus-Malus zu erwarten ist.

Auf der Strecke bleiben die Autofahrer und schließlich die öffentliche Hand, werden doch jetzt schon die Richtertische gesäubert, um der zu erwartenden Prozeßflut Herr zu werden, bereiten sich die Sicherheitsorgane bereits



auf verstärkte Eingänge von Anzeigen über Fahrerflucht vor.

Einen unglaublichen Zynismus bedeutet es, wenn die Herrscher über die Versicherungsmilliarden von ihrer volkswirtschaftlichen Funktion reden. Bedenkt man, daß es keineswegs im Interesse der Volkswirtschaft liegen kann, daß 62 Versicherungsgesellschaften ein ausgewiesenes Vermögen von 33,41 Milliarden Schilling (31. Dez. 1974) besitzen; das sind rund 6% des Bruttonationalproduktes. Der Ruf nach Nationalisierung des Versicherungswesens bekommt rein durch die



angegebenen Vermögenszahlen seine Berechtigung, jedoch auch gleichzeitig deshalb, weil die gepflogene Geschäftspraxis, Maximierung der Gewinnseite, eigentlich dem Versicherungsge danken widerspricht. Entscheidend wäre, daß dem Versicherten ein Versicherungssystem angeboten wird, welches ihm ermöglicht, sein "Sicherheitsbedürfnis" möglichst mit geringem Aufwand zu befriedigen. Daß dies möglich ist, beweist die Europa-Rechtsschutzversicherung des ARBÖ, der in Zusammenarbeit mit der "Volksfürsorge" diese Versicherung um 125 Schilling im Jahr anbietet. Ca. 500 Schilling beträgt der Einheitspreis des "normalen" Rechtsschutzes. Dr. Richter von der Volksfürsorge: "Unsere Prämie ist auf Grund statistischer Unterlagen errechnet und ist nur kostendeckend kalkuliert. Es ist durchaus möglich, daß die Leistungen unter unserem Schätzwert liegen. Dann können wir noch billiger werden". In einem nationalisierten Versicherungssystem wäre eine solche Gewinnmaximierung undenkbar, würde es sich doch um eine "Solidarische Versicherung" handeln, deren Träger die Versicherten selbst sind. Ein weiterer bemerkenswerter Umstand ist, daß in Österreich mehr als 50% der Versicherungswirtschaft sich in ausländischen Händen befindet. Assicurazioni Generali, Erste Allgemeine und Interunfall in italienischem Besitz-, Wiener Allianz, Automobil Schutz DAS und Versicherung für die Bauwirtschaft in deutschem Besitz-, Anker, Heimat und Kosmos in schweizer Besitz-, Anglo-Elementar in englischem Besitz- und Garant in sowjetischem Besitz.

Ein wichtiges Argument, das auch von Bonus-Malus Kritikern nicht oder nur andeutungsweise gebracht wird, betrifft die sozial ungerechte Seite des neuen KFZ-Versicherungssystems. War bisher schon der Arbeiter und Angestellte mit seinem Kleinwagen gegenüber dem dicken Mercedes-Besitzer (der sich meistens ein Vollkasko leisten kann) - und daran ändert die Abschaffung von sogenannten Firmenkombis ja auch nichts -, benachteiligt, wird das Bonus-Malus System vollends zum Gerangel um Gut- und gegen Schlechtpunkte unter den "kleinen" Autofahrern, den sozial Schwächeren. Sie werden die von Versicherungen und Finanzminister Androsch präsentierte Zeche gleichwohl zu zahlen haben.

Rund um das Bonus-Malus-Spektakel

sind all die beschriebenen Ein- und Ausdrücke zaghaft an die Oberfläche gespült worden, einmal mehr konnte man sich von der Notwendigkeit der Nationalisierung der Versicherungen überzeugen.

Fritz Zaun



EINE FRAUENZEITSCHRIFT

erscheint viermal jährlich

Einzelheft S 20,-
Abonnement (4 Hefte) S 70,-

- Heft 8: Frauen in den sozialistischen Ländern, Scheidung
- Heft 9: Frauengefängnisse, Vergewaltigung, Lehrerstop
- Heft 10: Männermedizin, Geburt, Selbsthilfe, Frauenbewegung
- Heft 11: Frauen im Beruf: Akkordarbeit - Büroarbeit - Hausarbeit

erhältlich über Frauenzentrum 1090 Wien, Tendlergasse 6/1-2. Tel. 43 86 95 und im

Frauenzimmer

BÜCHER UND ZEITSCHRIFTEN ZU DEN THEMEN

Beruf, Emanzipation, Erziehung, Familie, Frauenbewegung, Geschichte, Homosexualität, Medizin, Men's Lib., Naturheilkunde, Ökologie, Psychologie, Sexualität, Soziologie ...

sowie Biographien, Romane und Lyrik von und über Frauen (auch eine Auswahl in englischer und französischer Sprache) und Kinder- und Jugendbücher

Montag - Freitag 10 - 18 Uhr,
Samstag 10 - 13 Uhr

1080 Wien, Lange Gasse 11 (Nähe Lerchenfelderstraße), Tel. 43 96 685



30. Jänner 1927:

In Schattendorf/Burgenland schossen aus dem Hinterhalt Frontkämpfer (Angehörige einer monarchistisch-faschistischen Vereinigung) in eine Gruppe von Sozialdemokraten. Es wurden dabei der arbeitslose Kriegsinvalid Cmarits und ein achtjähriges Arbeiterkind, Josef Grössing, getötet.

5. Juli 1927:

Beginn des Prozesses gegen die Mörder von Schattendorf vor dem Wiener Schwurgericht.

14. Juli 1927:

Mit neun gegen drei Stimmen werden die Mörder von den Geschworenen von jeder Schuld freigesprochen (nicht einmal der fahrlässigen Tötung wurden sie schuldig erkannt). Noch am abend werden die drei Faschisten unter dem Jubel der Frontkämpfer auf freien Fuß gesetzt.

Vor dem Gerichtsgebäude und in einzelnen proletarischen Teilen Wiens finden stürmische Demonstrationen statt.

15. Juli 1927:

Wegen diesem Urteil beschließen die Elektrizitätsarbeiter den Strom abzuschalten, auch für die Straßenbahn, um ein Signal zu geben.

Dies war nicht mehr nötig. Bereits in der früh marschieren tausende Arbeiter aus den Betrieben in ihrer Arbeitskleidung auf den Ring. Die Polizei setzt ihre Reiterabteilung gegen die Demonstranten ein. Daraufhin erfolgt ein Sturm auf den Justizpalast und er wird in Brand gesteckt. Die Polizei schießt mit Dum-Dum-Geschossen in die Menge. Ergebnis ca. 90 Tote.

Justizpalastbrand wird noch immer gelöscht

Blut mag zum Himmel schreien, aber weit entsetzlicher ist doch, daß sein Ruf in die Melodie "Üb' immer Treu und Redlichkeit", gesungen von einem Chor von Konzeptsbeamten eingefangen ist! Die Geistigkeit, die uns seit dem 15. Juli gebannt hat, das Bestreben, dem Klassenkampf mit dem Rüstzeug der Elementarschule zu begegnen, die Dürftigkeit dieser parlamentarischen Behandlung des Elementaren, die den Gehirnen nichts als das Wort "Elemente" eingab, nebst der endlosen Mahnung, einen "Trennungsstrich" zu ziehen, den man doch nur zwischen sich und solcher geistigen und seelischen Poverität ziehen kann – das alles ist noch weitaus schlimmer als das Schlimmste, was geschehen ist.

Karl Kraus in der "Fackel" vom Oktober 1927

Äußerungen zu Gedenktagen erhellen zumeist weniger die historischen Tage als die Gedanken der Gedenkenden. – Die "Presse" forderte Politiker aller drei Parlamentsparteien auf, unter dem Motto "Brennt der Justizpalast noch?", das zu tun, was jene für "Lehren aus der Geschichte ziehen" halten.

Sie alle legen Wert auf den Unterschied zwischen Zeitgeschehen und Zeitgeschichte. Wobei dies Herr Busek teilweise skurril gerät, wenn er als Trennung zu damals sieht, daß heute "viele Wiener eher an den Stränden des Mittelmeeres als in den heißen Straßen der Bundeshauptstadt zu finden sind" und teilweise falsch, wenn er einen von Österreich verlorenen Weltkrieg als Zäsur ansieht. Die "Geister der Vergangenheit", die zu beschwören der gelegentliche Referent der christkonservativen JES-Studenten für einen Mißbrauch hält, haben dennoch so viel Macht über ihn, daß sie ihn verleiten, von einem "50-Jahr-Jubiläum", also einem Jubelfest, zu sprechen!

"Schicksalshaftigkeit" erkennt Busek, Doderers "Die Dämonen" zitierend, in den damaligen "Zeitabläufen" und hat diese literarische Vorliebe mit Friedrich Peter gemein, der aus diesem Roman einen Satz anführt, der geradezu das Leitmotiv der Geschichtsbeziehung des FP-Obmannes sein könnte: "Aber das wußte damals niemand und wir am allerwenigsten."

Die klarsten und sicherlich auch ehrlichsten Schlußfolgerungen zieht Bundeskanzler Kreisky: "Erstens: daß eine Parteiführung, die die Menschen häufig zu Demonstrationen auf die Straße schickt, damit rechnen muß, daß die Menschen eines Tages auch allein auf die Straße gehen. Zweitens, daß, wer die Menschen auffordert, auf die Straße zu gehen, um zu demonstrieren, auch wissen muß, wie er sie wieder nach Hause führen kann..." Es wäre sicherlich falsch, dem SPÖ-Vorsitzenden unterstellen zu wollen, er habe im Gedanken fortgesetzt, 'und wenn alles nichts hilft, kann man ja die Polizei wieder schießen lassen'. Doch darauf kommt es gar nicht an.

In der bürgerlichen Presse des Jahres 1927 wurde lobend vermerkt, wie sich das Niederschießen der Demon-

stranten auf die Hebung der Börsenkurse und vor allem des Fremdenverkehrs auswirkte. Ungeteilte Anerkennung fand von dieser Seite auch, wie die Polizei damals "voll und ganz" hinter dem Schießbefehl stand.

Das Geschäftsinteresse ist nach wie vor das selbe geblieben und jüngste Vorfälle in Kärnten und Salzburg verdeutlichen, daß Störer des Fremdenverkehrs mit der harten Hand der Exekutive rechnen müssen. Ob schließlich gesellschaftliche Widersprüche nicht trotz der Strategie der SPÖ aufbrechen, ihr Fußvolk an Feiertagen an der Leine äußerlich zu führen, damit es sich an Werktagen, die der Führung der diversen Geschäfte vorbehalten sind, anständig beträgt, muß bezweifelt werden. Ansätze gibt es bereits genug.

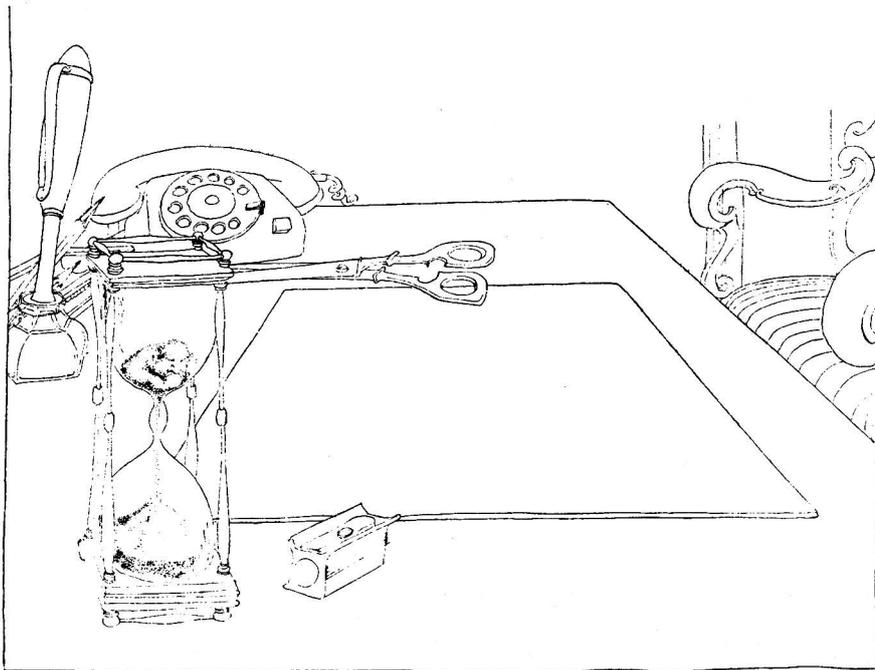
R. H.



„Kurier“:

Eine Zeitung für 400 Industrielle

Nachdem Portisch gegangen war, kam Strohal. Als die Hintermänner lieber Feichtlbauer statt Pokorny haben wollten, mußte dieser ins zweite Glied zurücktreten. Dann mußte Strohal mit Feichtlbauer Platz tauschen. Doch als die Hintermänner Bacher und Lenhardt haben wollten, verschwand Feichtlbauer in der Versenkung. Doch schon wenige Monate später ging Bacher und Löbl kam. Jetzt ging Lenhardt - kommt Bacher wieder?



Das ist eine Kurzfassung der Ereignisse rund um den Kurier in den letzten Jahren: Personalpolitische Rochaden als Ausdruck diverser medienpolitischer Absichten und Vorstellungen der Eigentümer. Wer sind diese Eigentümer?

Nun, angefangen hat der "Wiener Kurier" als Zeitung der amerikanischen Besatzungsmacht, die durch eine willfährige Presse die Wiedererrichtung des Kapitalismus in Österreich publizistisch begleitete. Als die Amerikaner 1955 Österreich verließen, übergaben sie ihr Blatt einem Mann, dessen gute Beziehungen zu ihnen ihn dafür prädestiniert erscheinen ließ: dem Mühlenindustriellen Ludwig Polsterer. Die US-Hörigkeit wurde noch durch Portisch abgesichert; manchmal fand man rätselhafte Meldungen im politischen Teil - Eingeweihte sprachen von CIA-Spielmaterial.

Die Kämpfe auf dem Boulevard zuerst mit dem "Express" und dann mit der "Kronen-Zeitung" endeten damit, daß die Krone die "größte Tageszeitung Österreichs" wurde. Polsterer bot seine Zeitung im Juli 1972 zum Verkauf an. Um nicht eines ihrer wichtigsten Publikationsorgane zu verlieren, griff die ÖVP-nahe Industrie über Mittelsmänner zu: Neue Kurier-Eigentümer wurden zu je einem Drittel der Grazer Styria-Verlag (Eigentümer: Katholischer Pressverein), Univ. Prof. Schönherr als Strohhalm für eine Kapitalgruppe (ein wertfreier Wissenschaffter, wie man sieht!) und die "Wochenpresse", die wiederum im Eigentum der Industrie ist. Eine komplizierte und verwinkelte Ges.m.b.H. & Co.KG. wurde als Gesellschaftsform gewählt, um nur recht viel zu verschleiern.

Ein Jahr vor den Nationalratswahlen

1975 versuchte eine Eigentümergruppe um den Industriellenboß Iglar und den ÖVP-Abgeordneten Helbich, der durch seinen Bestechungsversuch an einem Kronen-Zeitungs-Journalisten berühmt wurde, eine Fusion von Kronenzeitung und Kurier in die Wege zu leiten. (Siehe offensiv links, März 1974). Wenn sich die Blätter ohnehin nur mehr durch den Namen der Kolumunisten, nicht aber durch den Inhalt unterschieden, warum sollten da die Gewerkschaftsgelder in der Krone und die Industriefinzen im Kurier nicht eine Sozialpartnerschaftsbeziehung eingehen? Am Widerspruch des Styria-Verlages (und damit der ÖVP) scheiterte dieses Projekt und in der Folge wurde der Kurier als Zentralorgan der Rechten ausgebaut. Der schwache Kurierchef Strohal und Feichtlbauer von der Wochenpresse tauschten Platz, was bei der gleichen Schreibweise der Zeitungen aber nicht sehr auffiel (jaja, die vielgepriesene Meinungsvielfalt!). Daß beide bald darauf von ihren Auftraggebern wieder abgesetzt wurden, geht uns nicht besonders nahe. Solche Ereignisse haben aber insofern etwas Gutes, indem sie den Journalisten vor Augen führen, daß sie ganz gewöhnliche Arbeitnehmer sind, die entlassen oder (mit der Zeitung) weiterverkauft werden können - und daß somit ihre Abneigung den Arbeitnehmern gegenüber auf nichts als auf ihren eigenen Illusionen beruht.

Durch den Ankauf von 51 Prozent des Trend-Verlags entstand ein Pressekartell, das direkt und indirekt den Kurier, die Kleine Zeitung, das Profil, trend und die Wochenpresse umfaßte. Gegen diese Pressekonzentration blieben jene Stimmen, die (nicht zu Unrecht) gegen die Verschmelzung von Krone und Kurier auftraten, stumm - kein Wunder, waren sie doch meist selbst daran beteiligt.

Zuckerpreis und Pressefreiheit

Im Februar 1975 veröffentlichte offensiv links die Gesellschafterliste des Kurier, die mit je 1 Million Einlage die Wochenpresse, Univ. Prof. Schönherr (beide mit einer Industrie-gruppe im Rücken) und - als Ersatz für Styria-Verlag - die Tullner Zucker-

fabrik auswies. Die letztere bediente sich des neugekauften Mediums auch gleich in der Aktion "leere Regale" der Zuckerbosse, die den Zucker horteten und die Preise in die Höhe trieben. Daß der Kurier für höhere Lebensmittelpreise im Interesse seiner Besitzer Propaganda machte, hat schon Geschichte: beim Mühlenbesitzer Polsterer war jedoch der Semmelpreis...

Im Herbst 1975 wurde die ideologische Front begradigt: für die "gehobenere" Leserschicht vereinigte man profil mit ecco und ließ trend als einziges Wirtschaftsmagazin bestehen; den Boulevard sollten die aus dem ORF geworfenen Lenhardt und Bacher aufmöbeln. Bachers rascher Abgang nach Deutschland zu ZDF und CDU (siehe offensiv links, Februar 1977) hinterließ einiges Wirrwarr. Kritik an Taus verärgerte die ÖVP, auf Druck

einiger Industrieller verließen zwei kritische Journalisten, Elfriede Hammerl und Harald Irnberger, das Blatt, und die Sorgen des Herausgebers Lenhardt bestanden darin, "daß ununterbrochen irgendein Eigentümer grantig war. Bei 400 Eigentümern macht das zwei Auseinandersetzungen pro Arbeitstag" (profil 28/1976). Denn die verschiedenen Industriellen hinter dem Kurier hatten auch verschiedene Interessen: "Die Exponenten des Großhandels liberale Großhandelspolitik, die Exponenten des Kleinhandels Schutz vor Großhandelsinteressen. Die Industriellenvereinigung Bekenntnisse zur freien Marktwirtschaft, ihre einzelnen Mitglieder protektionistische Maßnahmen zum Schutz des eigenen Betriebs. Vertreter des Agrarsektors größere Berücksichtigung bäuerlicher Interessen und die Vertreter von Handel, Industrie

und Gewerbe niedrigere Agrarsubventionen" (profil). Der Kurier als Schauplatz der innerkapitalistischen Widersprüche also, zu deren Lösung auch die Entlassung Helmut Lenhardts als Geschäftsführer nicht viel beitragen wird.

Dieser, gekränkt, spricht davon, daß dem Kurier ein Rechtsruck drohe. Und andere sehen den Sozialistenfresser Bacher wieder kommen, das technische Betriebspersonal hat für so einen Fall schon vorsorglich einen Streik angekündigt. Und das ganze heißt bürgerliche Pressefreiheit. Wo sie bedroht ist (wie dazumal in Portugal), dort ist die Freiheit insgesamt bedroht. Das liest man zumindest in der bürgerlichen Presse.

P. L.



Arena-was sonst ?

Gedanken stehen nicht still

"Nur eine tote Arena ist eine gute Arena" war vor einem Jahr der Wahlspruch der Gewaltigen aller Couleur. Als sie es dann endlich war, flossen typisch österreichische Krokodilstränen aus so manchem Politikerauge, das nach den nächsten Wahlen schielte. Damit nicht genug – jetzt werden dem "Verein Forum Wien Arena" (1) auf dem Gelände der Freibank Bedingungen auferlegt, die vom Anfang an dem Wahlspruch nach der "schönen Leich' Arena" gerecht werden sollen. Daß diese Rechnung nicht aufgeht, hoffen auch wir, mit Hoffnungen allein wird's jedoch nicht getan sein.

(1) In diesem Verein organisierten sich jene Teile der Arena-Bewegung, die bereits in der letzten Phase der Besetzung des Auslandsschlachthofs für eine Annahme des Gemeindeangebots Freibank eintraten.



Ein Jahr danach

Beweint wurde ihr Andenken auch in der Linken schon oft - mit gutem Grund. Letzten Sommer überwand diese Mischung aus Bürgerinitiative und Jugendrevolte mit ihrer teilweise gelebten Kulturkritik so manche soziale und politische Schranke, die bis dahin gesellschaftsveränderndem Handeln in Österreich auferlegt war. Die Konzentration fast aller fortschrittlicher Ansätze an einem Ort - wohl nur unter den Sonderbedingungen dieses Sommers möglich - schuf andere Kräftekonstellationen. Die ständig vom Erstickungstod Bedrohten konnten Luft schnappen, genug für einige Sauerstoffreserven, zu wenig zum regelmäßigen Atmen. Der gemeinsame Nenner (Wir wollen... und zwar selbst und hier) war zu klein, um eine Niederlage gegen die Gemeinde zu verhindern. Trotz Niederlage und teilweiser Resignation hat die Arena jedoch Impulse für ein neues Selbstbewußtsein gegeben, dessen Auswirkungen heute nur ansatzweise zu benennen sind. Nach der Räumung blieben traditionelle Interpretationsschemata ("Die Schlacht ist verloren, auf in den Krieg um die sozialistische Revolution" versus "Mit chaotischen Bewegungen geht eh nix, gemma den ordentlichen Weg") blieben eher minoritär, die Erfahrungen der möglichen Kooperation über Fraktionsgrenzen und enge private Zirkel hinaus hat vor allem im subkulturellen Bereich eine Identität geschaffen, die bereits Ansätze einer über Plauderstunden in den diversen Beiseln hinausreichenden Öffentlichkeit entwickelt hat. Die Entwicklung der Basisgruppen an den Hochschulen, die Stärkung der Anti-Atomkraftwerksbewegung und der Frauenbewegung kann sicher als Konkretisierung des allgemeinen Wunsches nach Selbstbetätigung, wie er in der Arena geäußert wurde, angesehen werden. In anderen sozialen Bereichen, wo der institutionelle Druck größer ist (Jugendzentren, Sozialarbeit, kritische Kultur) sind Entwicklungen nicht unmittelbar feststellbar, hier Freiräume zur Artikulation breiterer gesellschaftlicher Bedürfnisse zu schaffen, wird eine strategische Aufgabe der nächsten Zeit sein. Eine Aufgabe, die nicht nur Selbstbewußtsein,

das zu leicht in Selbstzufriedenheit umschlägt, erfordert. Die Initiative, die jetzt einen Teil der Freibank erhandeln konnte, ist sicher einer der Versuche, unter den sich neu stellenden Bedingungen Fortschritte zu erzielen.

Gemeinde: Wie lange noch?

Hinter dem unverändert elenden Jugend- und Freizeitghetto in Wien steht eine SP-Bürokratie, deren Hilfloses Händeringen signalisiert, wie weit sie schon Gefangene eines Apparates und von "Sachzwängen" ist, an deren strukturellen und politischen Entwicklung sie wesentlichen Anteil hat. Kreiskys unglaublicher Ruf nach einem "Kulturradikalismus" bleibt hier ebenso leere Worthülse wie seine Idee eines Kulturmausoleums auf der Donauinsel bestenfalls zum zweiten Allgemeinen Krankenhaus, schlechtestenfalls zur zweiten Reichsbrücke werden muß. Eine Partei, die sich bedingungslos den Zwängen kapitalistischer Akkumulation unterworfen hat, die selbständige Bewegungen schon von ihrer Geschichte her als wesensfremd betrachtet, wird auch in naher Zukunft derartige Strukturprobleme einer Stadtentwicklung nicht lösen können.

Der Kulturradikalismus, der Not tut, wird zwar eine Bewegung zur gesellschaftlichen Erneuerung, jedoch gerade deshalb, gezwungen sein, sich gegen die Wiener Sozialdemokratie zu richten. Freilich, die Messer sind noch stumpf, aber Schleifsteine liegen genug herum... Sie liegen vor allem dort, wo sie bisher noch sehr wenig verwendet wurden. In der dezentralen örtlichen Vertiefung und Verbreiterung alternativer kultureller und kommunalpolitischer Ansätze. Womit die Notwendigkeit der Zentralisierung und auch die Vorteile eines Zentrums nicht bestritten werden, aber das setzt andere inhaltliche und organisatorische Entwicklungen und damit ein anderes Kräfteverhältnis voraus.

Wie frei ist die Freibank?

Dem Kulturzentrum Freibank wurden Bedingungen auferlegt, die eine positive Betrachtungsweise des Projekts sehr schwierig machen. Von jederzeitiger Kündbarkeit mit zahlreichen rechtlichen Fallen bis zu minimalsten finanziellen Zusicherungen reicht die haarsträubende Liste der Großtaten der Gemeindebürokraten. Unter solchen Bedingungen die Erfolgskriterien der Freibank in der Größenordnung einer positiv verstandenen "Arena-Idee" anzusetzen, wäre sicher falsch. Weder politisch (von den Trägern und dem Stand der Bewegung her) noch materiell und räumlich sind die Voraussetzungen für eine Wiederholung einer Zentralisierung der "Arena-Bewegung" gegeben. Für eine Arena, verstanden als breite gegenkulturelle Bewegung, die sich in den einzelnen Stadtteilen, Jugendzentren und auch Volkshochschulen etc. äußert, sich vorerst um einzelne Fragenkomplexe organisiert, kann die Freibank jedoch ein nicht unwichtiger Bestandteil werden. Ein lokales Jugendzentrum für den 3. und 11. Bezirk, die Organisation eines Kulturprogramms für solche Zielgruppen könnten wichtige Schritte und Impulse auch für andere Bereiche darstellen. Exemplarische Lernprozesse der Selbstverwaltung lassen sich sicher auch in einem eindeutiger bestimmten Rahmen eher durchführen. Ein zentrales Problem dabei wird die Stellung der "Verwalter" in einem anvisierten Selbstverwaltungskörper sein. Auch für diese veränderten Erfolgskriterien müssen erst Bedingungen erkämpft werden. Eine Voraussetzung dazu ist sicher die Kooperation mit anderen Ansätzen in anderen regionalen oder politischen Bereichen, die dem relativen Reichtum an Versuchen, die Erstarrung aufzuheben, Rechnung trägt.

Kurt Langbein 



Atommosaik

„Wanderer, kommst du nach Zwentendorf...“

oder: wie hält wer wen am Schmä

Das Atomkraftwerk Zwentendorf ist fertiggestellt, die Kontrolltests wurden durchgezogen. Einer Inbetriebnahme steht nunmehr ein geglückter Probetrieb im Wege; und dieser soll möglichst bald – wahrscheinlich im Frühherbst dieses Jahres – über die Bühne gehen.

Alles wartet auf das Eintreffen der Brennelemente. Im ORF-Mittagsjournal vom 8. Juli 1977 wurde ihre Anlieferung für Ende Juli/Anfang August angekündigt. Irgendwo von Hanau:BRD über Oberösterreich und Niederösterreich nach Zwentendorf verläuft die Route auf der immerhin 70 Tonnen Material herangeführt werden müssen (der Reaktor in Zwentendorf wird mit ca. 150 t bestückt werden, wovon die Hälfte nötig ist, um einen Probetrieb durchzuführen). Genaueres weiß man nicht – der Terroristen wegen. Und so munkelt man auch schon: das mit den Genehmigungsverfahren für den Transport – in Oberösterreich bereits genehmigt, in Niederösterreich wird noch verhandelt – ist nur ein einziger grosser Schmä, um den Schein zu wahren; die Brennelemente seien längst in Zwentendorf; aber damit das Parlament noch so tun kann, als könnte es noch etwas tun, macht man eben so ein großes Theater.

Weit weniger mysteriös geht es bei der (anfangs) geheimen Standortsuche für eine Atomülldeponie zu. Man bohrt und sucht und hat – trotz aller Alternativentüerei – bereits gefunden. Das nördliche Waldviertel wird's und hat somit – nicht zuletzt weil dort punkto Fremdenverkehr eh nix zu verlieren ist – (unfreiwillig) das grosse Los gezogen. Vor dem Hintergrund, besser gesagt hinter dem Vordergrund der Kreisky-Gespräche mit dutzenden waldviertler Bürgermeistern wurde die Situation geschaffen, um das Müll-

problem endlich zu lösen: protestierende Bauern, die letztlich auch damit drohten, die Bohrtürme auf dem Truppenübungsplatz Allentsteig niederzureissen, warnte man vor den möglichen Konsequenzen – Entzug des Passierrechtes für das militärische Übungsgelände. Gekoppelt wird das Ganze mit einem neuerlichen Geniestreich der Bundesregierung: eine bisher unbedeutende Nebenstraße von Krems nach Allentsteig (auf der Strecke Zwentendorf-Allentsteig), die B 37, wird zu einer vierspurigen Schnellstraße ausgebaut, auf der der Atommüll abtransportiert werden soll. Da diese künftige "Atomüllstraße" verbreitert wird und dazu noch möglichst gerade verlaufen soll, müssen "leider" einige Bauern Teile ihrer Äcker zu einem Preis verkaufen, der ihnen zwingend vorgeschrieben wird. Aus Protest gegen dieses Vorgehen, ist ein Zeltlager auf eben diesen Gründen geplant.

Inzwischen zeigt man sich auf offizieller Seite statement-freudig: Die Atomüllagerung wird als technisch gelöst erklärt und auf das Problem der langen Haltbarkeit des radioaktiven Abfalls hin angesprochen, erkennt man rasch, daß auch das unserem Bundeskanzler längst kein Kopfzerbrechen mehr bereitet: Halbwertszeit: 24.000 Jahre? Was wolln's denn – bis dahin hat sich die Menschheit eh schon ausgerottet.

Man gibt sich besorgt und kompromißbereit, erklärt sich dem Allgemeinwohl verpflichtet – sei das nun der Arbeitsplätze, der Gesundheit oder des Bootes, in dem wir alle sitzen, wegen. Man ruft Wissenschaftler (peinlicherweise als Befürworter schon lange bekannt), zeigt sich vor Kame-



ras und Notizblöcken der Journalisten von ihren Argumenten beeindruckt; man diskutiert und berät, kommt sich ein wenig in die Haare, empfiehlt und verwirft – alles im gleissenden Rampenlicht der Öffentlichkeit. Applaus ob sovielen Demokratieverständnisses bleibt nicht aus.

So nebenbei, einen inneren Schweinehund schleppt ja jeder mit sich herum, wird Zwentendorf betriebsbereit gemacht, vermißt man die Trasse der Zubringerstraße zur (noch zu bauenden) Atommülldeponie und läßt Spezialeinheiten von Gendarmerie und Militär üben – Objektschutz: natürlich gegen den Feind von außen.

Diese Farce – oder sollte man vielleicht besser Show sagen? – durchschaut so mancher. Aber darauf allein kommt es nicht an. Wichtig für die da oben ist, daß wir da unten nicht handeln. Und das wurde mit dem Schmäh-Führen im entscheidenden Ausmaß auch verhindert: Vollen Tade Tatsachen – dann läuft's schon bei Herrn und Frau Österreicher.

Halb- und Unwahrheiten, taktisches Vor- und Zurück, Ablenken, wirtschaftliche "Notwendigkeiten" und Fortschritt, Weglassungen und Einschüchterungen – so ziemlich alle Register des Manipulationskästchens hat "man" gezogen; und alles nur um über Gesundheitsbedrohung, Gefährlichkeit ('friedliche' Nutzung der Atomkraft kann von der militärischen nicht getrennt werden) und finanzielles Fiasko hinwegtäuschen. Begonnen hat es 1971 – bei der Grundsteinlegung zum ersten Atomkraftwerk Österreichs: mitten im wohligen Gefühl des feierlichen Augenblicks erhob sich ein Mann und – protestierte gegen den Bau. Er wies 900 Unterschriften vor und – wurde von der allgegenwärtigen Stapo verhaftet.

Über Regierungsveranstaltungen, gedacht als "Information für die Bevölkerung", Broschüren und Werbesendungen im Fernsehen, Symposien und Klausursitzungen bis zu Meinungsumfragen zog sich das "vor dem Vorhang agieren" hin.

Frau + Unwissenheit = Atomkraftwerksgegner

Apropos Meinungsumfragen: wußten sie schon? Hauptsächlich Blöde und Frauen (für viele ohnedies das selbe)

sind gegen Atomkraftwerke. So nachzulesen in der "Arbeiter-Zeitung" vom 18. Juli 1977: "Menschen mit höherer Schulbildung befürworten Kernkraftwerke eher als Personen mit geringerer Ausbildung. Bei Menschen mit Volksschulabschluss befürworteten nur 23 Prozent Atomkraftwerke, während 44 Prozent dagegen sind, bei Haupt- und Berufsschülern steht das Verhältnis 36 zu 38 und bei Maturanten und Akademikern gibt es 45 Prozent Befürworter gegenüber 35 Prozent Gegnern." Und: "Nur 25 Prozent der Frauen befürworten Kernkraftwerke, 46 Prozent hingegen lehnen sie ab. Bei Männern gibt es 45 Prozent Befürworter und 32 Prozent Gegner."

Genauer erfährt man in der "Presse" vom 19. Juli 1977. Hier liest man unter der Schlagzeile "Warum lehnen Österreichs Frauen die Kernenergie ab?" – "Dazu Leodolter: Die Frauen sind unwissender, man habe sie mit der Aufklärungskampagne nicht genügend erreicht, denn: 'Mit dem Wissen steigt die Sicherheit.'" Und SP-Abgeordnete Anneliese Albrecht: "Außerdem ist das Thema in weiten Kreisen hochemotionalisiert, und da kann es durchaus sein, daß eine Frau heute so und morgen anders antwortet." Einig sind sich die Befragten auch darin, daß die Angst vor möglichen Erbschäden weit grösser sei als bei Männern und draus die emotionelle Reaktion der Frauen zu verstehen ist.

Womit es gelungen wäre, endlich einen gemeinsamen Nenner für alle Argumente gegen Atomkraftwerke zu finden: Blödeheit und Emotion ist gleich Atomkraftwerksgegner.

Politiker und Prinzipien

Interessant wird es auch, wenn die Politiker so unter sich sind. Da verteilt Kreisky an Peter Zuckerl, wenn dieser seine Partei auf einen Pro-Atomkraftwerks-Kurs bringt; da sind sich Taus und Kreisky einig: Atomkraft wird kein Wahlkampfthema! No na – wenn der Atomkraftwerks-"Gegner" Taus heißt und hinter ihm die Befürworter Industriellenvereinigung und Wirtschaftsbund stehen.

Und welch plötzlicher Gesinnungswandel bei Bürgermeister Gratz. Vor kurzem noch vehement gegen Zwentendorf, stimmte er bei der SP-Sitzung

dafür. Lediglich die Vorarlberger SP ist hart geblieben. Ihr Landesparteiobmann kündigte an, daß die beiden Vorarlberger Abgeordneten zum Nationalrat im Parlament gegen das Atomkraftwerk stimmen werden. Kreisky dazu eher unwirsch: "Das muß ein Irrtum des Landesparteiobmannes sein."

Bleibt noch die KPÖ. Für sie sind im Kapitalismus die Atomkraftwerke ein weiteres Zeichen dafür, daß sich die Produktivkräfte in Destruktivkräfte verwandeln, im Sozialismus sind Atomkraftwerke ein Zeichen der Überlegenheit dieses Systems. Ein Beweis dafür ist, daß es im Westen einen Widerstand gegen Atomkraftwerke gibt und nur diese Opposition die Atomkraftwerkserbauer zu gewissen Sicherheitsauflagen zwingen konnte, während im "realen Sozialismus" der fehlende Widerstand ja ein Ausdruck für das große Vertrauen der Bevölkerung ist. (...?)

Wenn es ernst wird...

Was abschließend noch zu bedenken wäre: was passiert, wenn der Katastrophenfall nun tatsächlich eintritt? Welche Vorsorge haben diesbezüglich offizielle Stellen getroffen? Bekannt ist hier zu Lande nichts geworden. Aber es ist anzunehmen, daß sich ein Katastrophenplan kaum von dem aus Karlsruhe unterscheidet, der zufällig bekannt geworden ist. Ein Auszug:

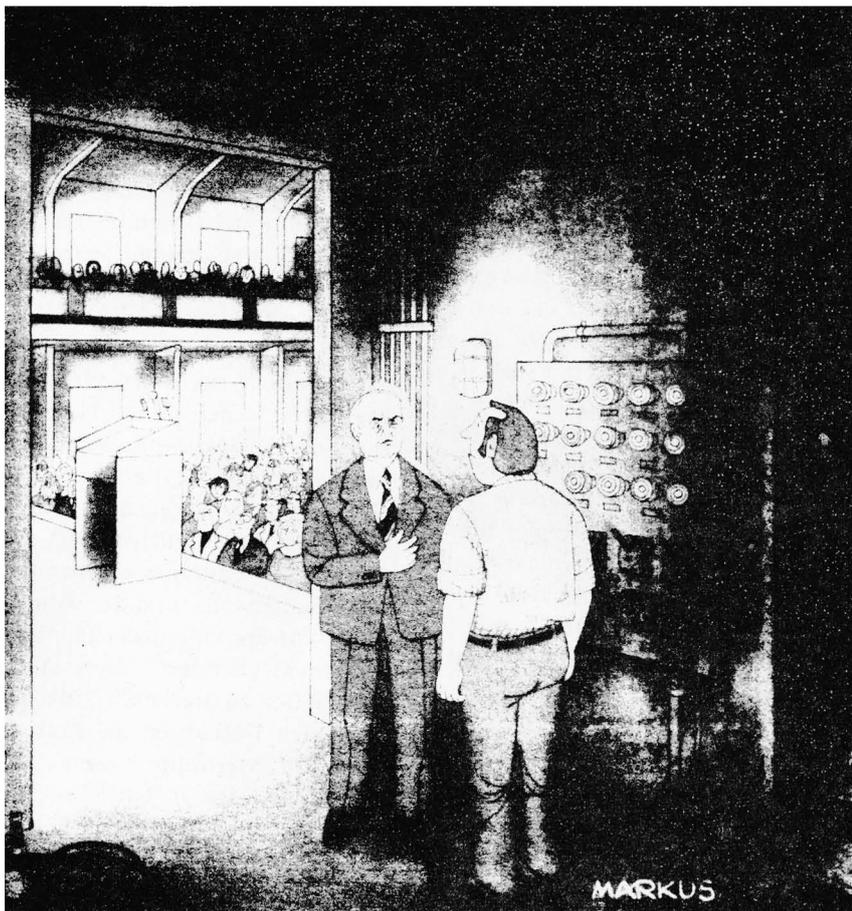
"Nach einem Unfall wird das Gebiet um die Reaktoranlage sofort gesperrt. Während starke Polizeikräfte in Schutzanzügen das Gefahrengebiet abriegeln, wird die Bevölkerung aufgefordert, sich sofort in die Häuser zu begeben und Fenster und Türen zuschließen.

Sollte jemand trotz Straßensperren aus dem verseuchten Gebiet zu fliehen versuchen, müßte er niedergeschossen werden..."

Und da sagt man uns immer, wir würden alle an einem Strick ziehen. Nur scheint's immer mehr, daß die einen den Galgen hinhalten und wir anderen den Hals.

H. A.





»... und wenn ich in meiner Rede auf die Notwendigkeit von Atomstrom zu sprechen komme, drehen Sie schnell die Hauptsicherung raus!«

Atomkraftwerke und wirtschaftliche Entwicklung

Obwohl sicherlich ein Großteil der österreichischen Bevölkerung entweder von der Gefährlichkeit der Atomkraftwerke überzeugt oder verunsichert ist (was selbst in Meinungsbefragungen der E-Wirtschaft zum Ausdruck kommt), wäre die Atomkraftwerksfrage ohne die geballte Öffentlichkeitsarbeit der organisierten Atomkraftwerksgegner sehr bald von den zwei Großparteien in ihrem Sinne gelöst worden. Die Atomkraftwerksgegner waren bis jetzt fast ausschließlich an unmittelbaren Aufgaben orientiert. Deshalb konnten verschiedene inhaltliche Fragen nicht genügend ausdiskutiert werden.

Ein bloßes Nein zu Atomkraftwerken kann zwar die Bewegung kurzfristig zusammenhalten, auf längere Sicht ist

es aber notwendig, sich zumindest vage formulierte Gegenforderungen zu überlegen, wollen wir nicht als destruktive Neinsager abgestempelt werden.

Für den Kommunistischen Bund (KB) (Maoisten), der innerhalb der Bewegung eine einflußreiche Rolle spielt, sind solche Gegenforderungen eine sinnlose Anstrengung, da der Kapitalismus mit oder ohne Atomkraftwerke gleich gefährlich bleibt und Alternativen innerhalb des Kapitalismus nur revisionistische Einbildungen sind. Der KB hat dann recht, wenn man die Pläne der KPÖ als die einzig möglichen Gegenkonzepte ansieht. Denn eine Forcierung von Kohlekraftwerken, Wasserkraft und des Osthandels kann erstens höchstens nur eine sehr kurz

befriedigende Lösung sein und zweitens ist es wirklich nur ein rein systemimmanenter Lösungsvorschlag.

Auf welcher Einschätzung sich ein Gegenvorschlag stützen könnte:

So wie sich international das Gefälle zwischen armen und reichen Nationen immer mehr vergrößert, so ist auch innerhalb der hochentwickelten Staaten das Wirtschaftswachstum und die Entwicklung des Lebensniveaus sozial und geographisch höchst ungleichgewichtig. Bestimmte Ballungsgebiete werden gefördert und Notstandszonen veröden weiter. An der Donau und deren Zubringerflüssen zwischen Linz und Wien soll ein österreichisches Ruhrgebiet entstehen. Unter den "Zwängen" der Konkurrenzfähigkeit werden Betriebe in ohnehin armen Gebieten mit staatlicher Unterstützung zugespart und entsprechende Großprojekte sollen an die Donau hingestellt werden. Wegen der massiven staatlichen Zuschüsse für diese Großprojekte (VOEST und Chemie Linz bei Enns, Austro-Porsche, Zellstofffabrik, Glasproduktion, Ölmühle u. a.) werden Gebiete mit hoher Pendlerate, hoher Arbeitslosigkeit und schlechter Infrastruktur noch stärker vernachlässigt werden. Das Atomkraftwerk Zwentendorf zementiert diese Entwicklung. Der Atomstrom, ein Grundlaststrom, ist für Großabnehmer mit einem nicht schwankenden Strombedarf gedacht. Der Hauptnutznießer des Atomstroms wird die Industrie im österreichischen Ruhrgebiet sein. Auch wenn es bestimmt falsch ist, die Großindustrie prinzipiell abzulehnen, so sind unter dem Gesichtspunkt der Zwangsmobilität, der Zerstörung bestehender Arbeitsplätze in unterentwickelten Gebieten ohne entsprechende Neuinvestitionen in diesen Regionen, des Umweltschutzes, der Sinnhaftigkeit der zu erzeugenden Produkte (z. B. Austro-Porsche) und der Bindung von Milliarden Schilling an diesem Vorhaben starke Zweifel angebracht.





Der Atomstrom wird erst in riesigen Einheiten "kostengünstig", dagegen sind zum Beispiel Sonnen- und Windenergie mit einer regional ausgewogenen Entwicklung vereinbar.

Denkanstöße, wie die von Schuhmacher und Illich, sollten von uns auf ihre konkrete Realisierbarkeit hin überprüft werden. Eine Kritik am Atomstrom und an der gesamten Energiepolitik wird in der arbeitenden Bevölkerung wahrscheinlich nur dann auf ein sie aktivierendes Interesse stoßen, wenn wir nicht nur beweisen können, daß Atomkraftwerke gefährlich sind, sondern daß andere Entwicklungswege möglich und sinnvoll sind.

Die soziale und politische Zusammensetzung der organisierten Antiatomkraftwerksbewegung

In den lokalen Initiativen des Waldviertels und Vorarlbergs sind alle Schichten der Bevölkerung vertreten. In diesen Landesteilen ist die Bevölkerung unmittelbar von Atomkraftwerken und deren Folgen betroffen. Einzig im Tullnerfeld gelang es der E-Wirtschaft und der Regierung durch materielle "Zuckerl" den Großteil der Bewohner von einem aktiven Widerstand abzuhalten. Es ist klar, daß dort, wo die Unzufriedenheit von breitesten Bevölkerungskreisen getragen wird, zumindest die örtlichen Honoratioren der politischen Parteien nicht abseits stehen wollen und können. Es ist interessant, daß

sich die Antiatomkraftwerksbewegung auch in diesen Landesgebieten trotzdem nicht vor den Karren der politischen Parteien spannen läßt. Seit dem letzten Kongreß der IÖAG, einem Dachverband fast aller österreichischer Atomkraftwerksgegnergruppen, sind auch die Waldviertler im führenden Gremium dieses Dachverbandes vertreten. Politisch heißt das, daß die wichtigsten Bürgerinitiativen zu einem gemeinsamen Handeln bereit sind. Die Waldviertler sind bereit nicht nur gegen die Atommüllagerung im Waldviertel zu protestieren, sondern dies auch gegen das Atomkraftwerk in Zwentendorf zu tun. So kämpfen die Vorarlberger nicht nur gegen das Atomkraftwerk in Rütli, sondern sind auch gegen den Atommüll im Waldviertel. Wenn man bedenkt, mit welcher Demagogie die politischen Parteien agieren, so bedeutet diese Entwicklung von vielen Vorarlbergern und Waldviertlern, die alles andere als Linke sind, doch einiges.

In den meisten anderen lokalen Initiativen sind Vertreter von Umweltschutzorganisationen und Linke verschiedenster Couleur dominierend. Von den Linken sind am stärksten die Maoisten vertreten, SPÖler und KPÖler gibt es dort nur sehr vereinzelt. Politisch besonders reaktionäre Gruppen sind zwar auch manchmal präsent, sie spielen aber in der Entscheidungsfindung eine total untergeordnete Rolle. Die meisten Umweltschutzgruppen sind parteipolitisch kaum fixierbar, auch weltanschaulich ist eine generelle Zuordnung von ihnen schwierig. Das liegt vor allem am Prinzip der IÖAG, globale weltanschauliche Fragen nur am Rand zu diskutieren, das, wie vorher erwähnt, nicht nur Vorteile hat. Auf dem letzten Kongreß der IÖAG wurde auch angeregt, in den Sommermonaten solche Fragen einer längerfristigen Orientierung und der unterschiedlichen politischen Werthaltungen zu diskutieren.

Nun zum KB: wie gesagt, übt diese Strömung innerhalb der Bewegung einen verhältnismäßig großen Einfluß aus. Verglichen mit anderen Aktionseinheiten (Slowenen, Bundesheer, ANR) spielt sie in dieser Frage auch eine wichtige und positive Rolle. Wenn die Maoisten in den Leitungsgremien überrepräsentiert sind, so hat das weniger mit einer ausgeklü-

gelten Überrumpelungstaktik zu tun, als vielmehr mit der praktischen Passivität vieler anderer Linker (z. B. auch wir). So wie viele KPÖler oder GELer wegen ihrer Opferbereitschaft und moralischen Integrität und nicht wegen ihrer politischen Überzeugung zu Betriebsräten gewählt werden, so haben sich KBler wegen ihrer Einsatzbereitschaft, ihres organisatorischen Geschicks und ihrer größtenteils loyalen Haltung ein hohes Ansehen geschaffen. Innerhalb der Bewegung sind die einzelnen KBler kooperationsbereit, der KB oder die MLS als Gruppen sind aber gegenüber ihren ideologischen Erzfeinden (KPÖ, Troztkisten, Basisgruppen) weniger zurückhaltend: Da wird "die Arbeiterklasse und die Volksmassen" in Flugblättern aufgefordert, "diese Elemente unschädlich zu machen". "Den ausgeflippten Troztkisten und Basisgruppen" wird unterstellt, bauernfeindlich zu sein, und deshalb hätten sie sich während der letzten Demo "in Getreidefelder geworfen und alles niedergetrampelt". Daß eine solche Geisteshaltung die davon Betroffenen aber auch viele andere Linke nicht zur Zusammenarbeit anregt, ist vielleicht sogar die Absicht von einigen Maoisten. Alle Nichtlinke sind das Volk, gegenüber denen ist man kooperationsbereit und wenn man ein Linker ist, so hat man ein Mitglied der MLS, des KB oder zumindest ein

Sympathisant zu sein (natürlich gibt es einige Ausnahmen). So schaut die Bündnispolitik der Maoisten aus. Da aber die organisierten nicht-maoistischen Linken bis jetzt in der praktischen Kleinarbeit einen nur relativ geringen Beitrag leisteten, und dies für den Fortbestand der Bewegung viel wichtiger ist als die jeweilig richtige politische Linie, fällt es uns sehr schwer, gegenüber den anderen nicht-maoistischen Aktivisten der Antiatomkraftwerksbewegung unser Unbehagen am Arbeitsstil zu artikulieren. Viele von denjenigen, die wegen dieses ungunstigen Klimas abgeschreckt wurden, im Wiener Arbeitskreis Atomenergie mitzuarbeiten, (wobei noch ehrlicherweise hinzugefügt werden muß, daß dieses ungute Arbeitsklima auch aus dem enormen, aber notwendigen Arbeitspensum entspringt), haben sich nun in einem lockeren und breiteren Zusammenschluß im Wiener Rahmen gefunden:

Am Freitag, dem 20. Juli, fand auf Initiative von Leuten, teilweise Mitglieder vom Wiener Arbeitskreis Atomenergie, teilweise Mitglieder von anderen Arbeitsgruppen, eine Besprechung statt, die die Form der Zusammenarbeit der Arbeitsgruppen klären sollte. Die Atmosphäre unterschied sich in erfreulicher Weise von den letzten Plenas und es wurden die Aktivitäten, die noch im Sommer stattfinden sollen, besprochen. Die wichtigsten Punkte waren:

- a) Aktionen bezüglich der erwarteten Brennstofflieferungen
- b) Aktionstheater ("Spektakel")
- c) Ausnützen der rechtlichen Möglichkeiten gegen die Inbetriebnahme Zwentendorfs
- d) Zeltlager auf dem Gelände der geplanten Zufahrtsstraße zum Atommülllagerplatz.

Es wurde beschlossen, Koordinations-sitzungen abzuhalten, zu denen alle in Wien arbeitenden Gruppen einen Vertreter schicken. Diese sollen dann z. B. bekanntgeben, wann eine Gruppe ihre Vorbereitungen zu einer Aktion (wie z. B. die Punkte a, b, d) getroffen haben und wann, wo, wieviele Leute benötigt werden.

Bei dieser Sitzung waren unter anderem Vertreter vom Anti-Atomkraftwerkstheater, von der Gruppe "Radioaktiv", von der Jungen Generation (SPÖ), von den "Müttern gegen Atomkraftwerke", von Gruppen, die seit langem Stadttagitation betreiben (z. B. Gruppe mit Christian Haun), Arbeitskreis Wien, GRM, FÖJ-BfS, KB, Bürgerinitiative Mödling, von der Gruppe AGA, die die Ausstellung im Bauzentrum "Umdenken, Umschwenken", organisiert haben.

Diese Besprechung gibt Anlaß zur Hoffnung, daß wir den Betreibern einen heißen Herbst bereiten können, was nicht zu allerletzt auch von den Mitgliedern unserer Organisation abhängen wird. In den Aktuellen Informationen werden wir die nächsten Termine von Besprechungen bekanntgeben, sonstige Auskünfte bei Kurt Winterstein: 26 27 772.

Auf daß dieser Herbst nicht der letzte strahlungsfreie ist.

H. S., K. W.



„Erste österreichische Atomkraftwerksplatte“ kommt im September

Der Titel der Platte soll nicht nur andeuten, daß es sich noch lange nicht um die letzte österreichische Anti-Atomkraftwerksplatte handelt, sondern daß wir vielleicht überhaupt viel mehr die Möglichkeit nützen könnten, die Platte als Agitationsmittel auch für andere Fragen einzusetzen. Dazu möchte ich nur einige Fakten aufzählen, Genaueres kann ja jederzeit bei Bedarf besprochen werden.

Die üblichen Studiokosten belaufen sich auf 400 bis 600 S/Stunde. (Wir haben ungefähr 50 Stunden gebraucht). Nette Studioleute geben es billiger. Wir haben ganz besonders nette Leute gefunden. Die Metallplatte (die als eine Art "Negativ" zum Pressen der Platten hergestellt werden muß) kostet rund S 5.500,- und der Stückpreis pro gepreßter Platte ist S 15,50. Das Cover wird uns rund S 3,-/Stück und die Textbeilage rund S 4-5,-/Stück kosten. Für das Label (wenn man eins haben will) zahlt man der Pressfirma noch rund S 1,20 pro Platte zusätzlich. Die Umsatz- und die anderen Steuern werden ca. S 30,- pro Platte ausmachen. Diese Kosten gelten für die Produktion von 1 000 Platten, die also - ohne Studiokosten - auf rund S 30 000,- kommt.

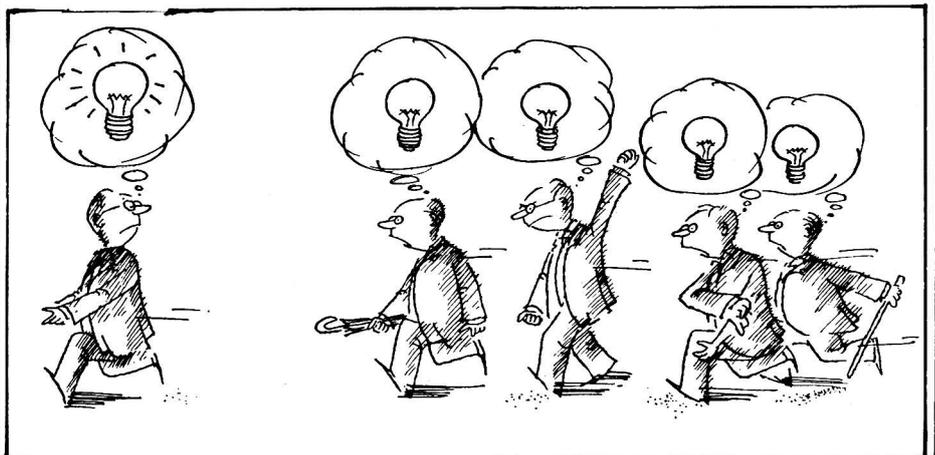
Mit guten Geräten kann man sich außerdem (es hängt natürlich auch von der Art der Platte ab) die Studiokosten ersparen. (Die deutschen Anti-AKW-Platten sind überwiegend nicht in Studios ausgenommen worden. - Die Biermann-Platten auch nicht).

Verwendet man geschützte Lieder, so muß man dafür zahlen. Wir mußten z. B. für Cilli Miculik, Sigi Maron und Pirron und Knapp zusammen rund S 1200,- zahlen, obwohl sie nichts verlangt haben. Wer nämlich bei der AKM bzw. Austro-Mechana Mitglied ist, wird "geschützt", ob er oder sie will oder nicht - da die schützenden Gesellschaften ihre Prozente kassieren.

Bei unserer Platte hat das so angefangen:

In einem schon etwas ermüdeten Arbeitskreis sagte die Lydia auf einmal, daß wir eine Schallplatte (wie es in Deutschland ja schon mehrere gibt) gegen Atomkraftwerke machen müßten. Das hat keiner so richtig ernst genommen. Am nächsten Tag fiel mir das wieder ein und ich beschloß, es zu probieren. Und das ging ungefähr so vor sich: Ich machte einen Monat lang nichts anderes, als jedem, der es hören wollte, und auch jedem, der es nicht hören wollte, zu erzählen, daß wir eine Anti-KKW-Platte machen. Ein paar fanden das sehr nett, und ein paar hatten konkrete Gedanken dazu. So richtig daran geglaubt, daß aus der Plattenidee auch eine Platte wird, habe ich erst, nachdem wir die Idee von der Vally, Gutscheine zur Vorfinanzierung zu verkaufen, in die Tat umsetzten, weil dann gab es kein Zurück mehr.

Wir haben dann in nächstelangen Zusammenkünften aus acht Stunden Tonbandmaterial vom Filmsyndikat unge-



fähr eine Viertelstunde rausgefischt, im Studio die Lieder aufgenommen und dann die Live-Aufnahmen, die Lieder und das Material von der Gruppe "Radioaktiv" zusammengeschnitten. Mein Versuch, die Platte möglichst demokratisch zu produzieren, stieß vor allem auf zwei Widerstände, die sehr viel miteinander zu tun haben. Ich war eigentlich der einzige der überall dabei war, wußte daher am meisten über die Zusammenstellung. Einerseits forderte ich zwar immer wieder Leute auf, sich das ganze Material anzuhören und bei der Gestaltung mitzuarbeiten, fühlte mich aber andererseits in der Rolle des Produzenten doch so wohl, daß es nie zu einer wirklichen Gruppenproduktion kam; einerseits kam eben niemand zu mir, der sagte: "Feine Sache, die Platte, machen wir das gemeinsam", andererseits habe ich die Mitarbeiter aber auch nie so richtig dazu aufgefordert. Natürlich blieben mir auf Grund dieses Arbeitsstils die ganzen beschissenen organisatorischen Arbeiten. (Da ist mir das dann erst aufgefallen).

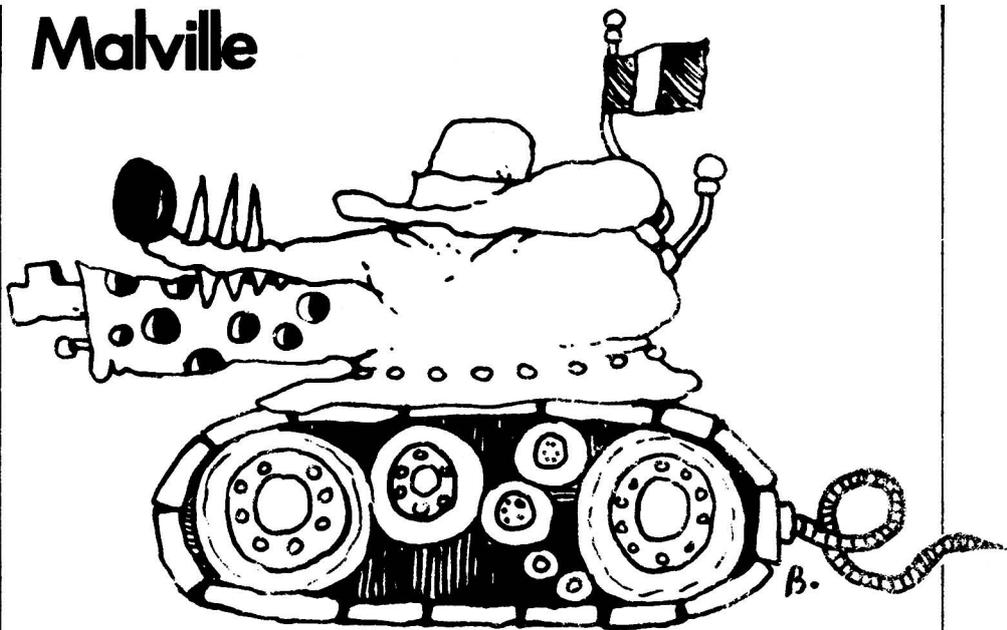
Eine sehr klasse Sache, die bei der Produktion dieser Platte passierte. möchte ich auch noch erwähnen. Die Techniker im Studio wurden während der Aufnahmen langsam warm und diskutierten beim Zusammenschneiden der Platten dann auch inhaltlich mit, was sehr wichtig war, da es erst so möglich wurde, die Sachen so auf die Platte zu bringen, wie wir es vorgehabt haben.

Für ganz Neugierige: Auf der Platte werden neben Live-Aufnahmen aus Zwentendorf zu hören sein: Anti-AKW-Theater, Cilli Miculik, Sigi Maron, Dreschflegel, Eva Pilz, die Gruppe "Radioaktiv" und ich mit dem Leo, Harald, Helmut und Andy.

Kurt Winterstein ★

Platte zu bestellen und zu erhalten: bei Kurt Winterstein, 1020 Wien, Franzensbrückenstraße 8/St. 1 und in den Buchhandlungen KOLISCH, 1., Grillparzerstr. 7 HERRMANN, 1., Grünangerg. 1 FRAUENZIMMER. 8., Lange G. 11

Malville



50.000 demonstrierten in Malville, wo der "Super-Phénix", der größte "schnelle Brüter" der Welt (1.200 Megawatt) gebaut werden soll. Die schnellen Brüter sind die zweite Generation der Kernreaktoren, deren Technik noch am wenigsten ausgereift und erprobt ist, die dafür aber Plutonium, ein in der Natur nicht vorkommendes Element, erzeugen. Plutonium ist eines der gefährlichsten bekannten Gifte und das Grundmaterial für Wasserstoffbomben.

KP Frankreichs für Kernkraftwerke und Atomwaffen

Der Marsch, an dem die "comités Malville" aus ganz Frankreich als Veranstalter, die lokalen Abgeordneten und Behörden, die einheimische Bevölkerung (hauptsächlich Landwirte), französische und ausländische Aktivistinnen teilnahmen, sollte eine friedliche Demonstration werden. Es war auch eine Demonstration ohne Teilnahme der größten politischen Parteien. Die P. C. F. (kommunistische Partei Frankreichs) hat sich ganz klar für die Kernenergie und sogar für den beschleunigten Ausbau der "force de frappe", dem Kernwaffen-Programm Frankreichs, geäußert. Unter allen politischen Parteien hatte nur die P. S. U. (Parti socialiste unifié) zur Demonstration aufgerufen, nur diese Partei hat sich in Frankreich klar gegen die zivile und militärische Ausbeutung der Kernenergie gestellt. Die P. S. (sozialistische Partei) zögert noch (kurz vor den Wahlen 1978)

und spricht von einer Volksbefragung über Nuklearfragen. Es wird aber darüber diskutiert, ob diese Befragung rechtswidrig ist oder nicht!

Granaten gegen Demonstranten

Nun bedauern Gewerkschaften und Parteien die unnötige Brutalität der Polizei. Mehr als 10.000 gardes mobiles, compagnies républicaines de sécurité (C. R. S.) und Fallschirmjäger waren im Voraus auf heftige Zusammenstöße eingestellt worden; so zeigte man ihnen etwa Filme aus Brokdorf. Unter dem Kommando des früheren Polizeipräfekten von Algier, Jannin, durften sie nicht nur Tränengas- und Nebelgranaten, sondern auch Angriffsgranaten (in denen 9 dkg TNT-Sprengstoff detonieren) verwenden. Es scheint, daß drei von den fünf verletzten Polizisten durch eigene Ungeschicklichkeit verletzt worden sind. Einem wurde die Hand durch

eine Granate abgerissen, weil er sie zu spät warf. Für die Polizisten war keine Erste Hilfe vorgesehen. Die freiwilligen Sanitäter der Demonstranten versorgten die C. R. S. zuerst. Sie berichteten, daß viele junge Polizisten große Angst hatten, ja sogar in Panik gerieten; auch Nervenzusammenbrüche soll es gegeben haben. Da liegt es auf der Hand, daß einige sich mit übermäßiger Brutalität rächen wollten. Viele der Polizisten waren genauso jung, wie die Demonstranten.

Zwischenbilanz

Eine vorläufige Bilanz kann jetzt gezogen werden, nachdem der 31-jährige Lehrer, Vital Michallon, auf dem "Schlachtfeld" von Malville den Tod gefunden hat (innere Verletzungen der Lungen durch die Luftdruckwirkung einer Granate) nachdem über hundert Demonstranten und Polizisten verletzt wurden und 12 Demonstranten wegen Waffenbesitzes angeklagt wurden.

Eine vorsichtige Schätzung der Demonstranzahl liegt bei 50 000. Diese Zahl wäre bestimmt viel höher gewesen, wenn

- o es nicht ununterbrochen geregnet hätte
- o die Massenmedien nicht im Voraus Zusammenstöße mit der Polizei angekündigt hätten, was natürlich viele zurückgeschreckt hat.

Überall im Lande, sogar in eher konservativen Zeitungen, erheben sich jetzt stärker als zuvor Stimmen, die eine nationale Debatte über Kernenergieprobleme verlangen und Entscheidungen ablehnen, die unsere Zukunft bestimmen und von Technokraten hinter geschlossenen Türen getroffen werden. Wenn in Zukunft diese Debatte stattfinden kann, so wird man es zum Teil den wiederholten Demonstrationen und Protestaktionen der "Umweltschützer" verdanken.

Die übertriebenen Gewalttaten der Polizei haben zur Folge gehabt, daß die einheimische Bevölkerung jetzt weitgehend für die Demonstranten Stellung nimmt. Sie war empört über die unnötige Brutalität der Po-



Am Tag vor der Demonstration durchsuchte die Polizei - Gewehre mit Gasgranaten im Anschlag - das Zeltlager der Deutschen. Beschlagnahmt wurden die folgenden "Waffen": Küchenmesser, 34 Gasmasken, 28 Paar Handschuhe, 1 schwarze Fahne, 8 Dolche, 2 Eispickel, Zeltplöcke und 6 Bratpfannen. (Spiegel 33/77)

Von der Polizei, insbesondere von Jannin, und den Massenmedien wurde "eine wahre Bürgerkriegs-Psychose" (so Umweltschützer Lalonde) erzeugt. Als vier betrunkene Deutsche

für einige Minuten in das Rathaus von Morestel wankten, wurde daraus eine "Besetzung" und Jannin sprach von einem neuen Reichstagsbrand und von "der zweiten Besetzung des Ortes in unserer Geschichte".

Die Deutschen wurden überhaupt zu einer gefährlichen Kampftruppe stilisiert. Die Zeitung "Matin de Paris" sprach von einer "Affäre der Deutschen". Doch die Spiegel-Reporter zählten "unter den rund 1000 Bundesdeutschen... allenfalls 60, die sich tatsächlich schlagen wollten, als Demonstranten und Ordnungskräfte am Sonntag aneinander gerieten".

lizisten und über die Menschenjagd, die bis in die Häuser hinein fortgesetzt wurde.

Bauarbeiten vorübergehend eingestellt

Unterdessen ist die Arbeit auf der Baustelle in Malville schon seit mehreren Wochen gestoppt:

- o Aus Angst vor der Demonstration: alle Maschinen und Geräte bis auf drei Kräne wurden abtransportiert.
- o Aus finanziellen Gründen wegen der wirtschaftlichen Rezession und den erzwungenen Einsparungen (Plan Barre).
- o Bis zu den bevorstehenden Wahlen 1978 wollen sich die Behörden vorläufig nicht zu stark engagieren.

Druck der Interessensgruppen

Auf der anderen Seite spürt man den Druck der Interessensgruppen (E. D. F. - Electricité de France, und die N. E. R. S. A., die Gesellschaft, die für den Bau von Super-Phénix verantwortlich ist und bei der die Kernkraftgegner vor kurzem mehrere Kilo Dokumente gestohlen haben, die zum Teil veröffentlicht wurden). Die Interessensgruppen üben einen starken Druck aus, um in der Kernenergiepolitik den Punkt zu erreichen, von dem es kein Zurück mehr gibt. So hat trotz des zunehmenden Widerstands und der Mobilisierung der Bevölkerung der EG-Ministerrat beschlossen, die Entwicklung der "schnellen Brüter" beschleunigt weiterzuführen.

Ch. L., Lyon

Nicht Geschichte, sondern Gegenwart

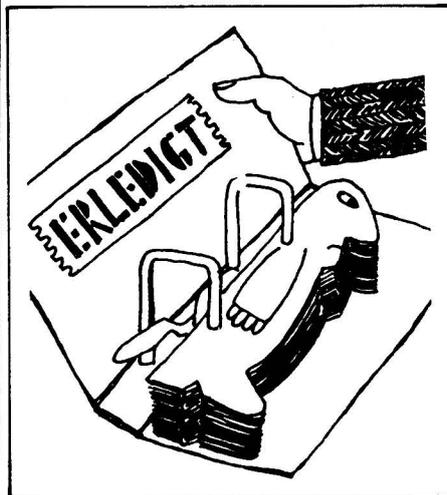
Es gibt Jahrestage, die von der Arbeiterbewegung regelmäßig feierlich begangen werden, obwohl sie endgültig der Geschichte angehören. Die Oktoberrevolution ist so ein internationalistischer Anlaß; der Brand des Justizpalastes im Juni 1927 in Wien ist für die österreichische Arbeiterbewegung ein gewichtiger Grund des Gedenkens und des Nachdenkens.

Der 21. August 1968 ist keine Geschichte, keine Vergangenheit, sondern fortlaufende, fortwirkende Gegenwart. Er steht am Anfang eines Prozesses, der weit über die Grenzen der CSSR hinaus weltweite Auswirkungen hat und eine wahrlich internationale Dimension besitzt. Es würde ins Uferlose führen, hier alle Einzelheiten dieses vielschichtigen und auf verschiedenen Ebenen ablaufenden Prozesses zu beleuchten. Einige Stichworte müssen genügen.

Panzerkommunismus ist sicherer als Sozialismus mit menschlichem Antlitz

Der Prager Frühling war keine spontane, von der Basis aufbrechende und von der herrschenden kommunistischen Partei des Landes unkontrollierte Entwicklung. Die Nervosität, die in der sowjetischen Führung dennoch nach kurzer Zeit aufkam, galt auch gerade diesem Aspekt: einer umfassenden Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche unter der Führung und Anleitung der Partei, deren Prestige in der CSSR seit Kriegsende bei den Volksmassen, den Arbeitern und Intellektuellen gleichermaßen, niemals so gestärkt war. Die Mitsprache an der Basis, in den Betrieben (die sich auch in entsprechend höheren Produktionsziffern niederschlug) gehörte ebenso zu dieser Entwicklung wie die umfassende Information ohne Zensur, Manipulation und Gängelung durch ausgewählte Instanzen. Die

Duldung oppositioneller Meinungen und die Erwägung, ihre institutionelle Zulassung ins Auge zu fassen, dürfte dann das eigentliche Signal für die Moskauer Führung gewesen sein zu handeln. Denn hätte der Prager Frühling Schule gemacht, und Anzeichen waren ja genug dafür da, wäre über kurz oder lang die gesamte innere und äußere Herrschaftskonzeption des "realen Sozialismus" in seinen irrationalen und deformierten Zügen total demaskiert, der Sturz der diversen nach-stalinistischen Führungsgarnituren sicher, eine gründliche, wenn auch gewaltlose gesellschaftliche Umwälzung aller bürokratischen und undemokratischen Entscheidungsstrukturen unvermeidlich gewesen. Bürokratismus und hierarchische Despotie ist negative Prävention, ist "ungute Vorbeugung", nach der Devise "sicher ist sicher", nur nichts riskieren, der Feind (je nachdem der Klassenfeind oder der Imperialismus) wartet nur darauf, daß wir uns die geringste Blöße geben. Despotischer Zentralismus und bürokratische Sturheit ist zwar unschöpferisch, weil undialektisch, aber bis ins kleinste Detail kalkulierbar. Demokratie, noch dazu Basisdemokratie, Sozialismus auf allen Ebenen und in allen Bereichen der Gesellschaft, ist schöpferisch-dialektisch, d. h. es gleicht dem menschlichen Antlitz, aber die Konsequenzen sind nicht immer im voraus von einer einzigen Instanz kalkulierbar. Dieses



Dilemma scheint so manches Mitglied des Politischen Büros der KPdSU, wenn auch schweren Herzens, die Hand erheben zu lassen bei der Abstimmung über eine bewaffnete Intervention für diese, für einen "Panzerkommunismus", gegen den menschenwürdigen, bürokratisch unberechenbaren Sozialismus. (Das Abstimmungsergebnis soll übrigens äußerst knapp ausgefallen sein).

Die (schon gespaltene) kommunistische Weltbewegung zerfällt weiter

Die rollenden Panzerketten sollten - aus moskauer Sicht - den Zerfall des Warschauer Paktes verhindern und zerstampften dafür die schon gespaltene kommunistische Weltbewegung endgültig. Auch dieser Prozeß geht weiter, ist noch keineswegs abgeschlossen, wie die schwedische Partei oder das jüngste Beispiel der englischen Partei dokumentieren*). Meistens trifft dieses Schicksal die Schwächsten der kommunistischen Parteien; die Stärkeren wehren sich dagegen, indem sie ihre Autonomie gegenüber den Bruderparteien im Osten betonen, deren Politik offen kritisieren.

Die Konzeption des "Historischen Kompromisses" - wie man auch immer auf der Linken dazu stehen mag - ist nicht zuletzt aktuellstes Resultat zweier grundlegender Erfahrungen: der Intervention in der CSSR 1968 und der Niederlage der Unidad Popular 1973. Der über den europäischen Raum hinaus wirkende "Eurokommunismus" formulierte seine Thesen - in manchen Ländern früher, in einigen später - durchwegs ausgehend von der (grausamen, aber einseitig von keiner Seite änderbaren) Realität der Blöcke, der Lager und deren innerer Logik, die in einem abstrakten realpolitischen Sinn den 21. August 1968 wie die US-Interventionen (bis zur gigantischen Niederlage in Indochina) "verständlich" und nach der machtpo-

litischen Rason nachvollziehbar machen.

Der innere Gärungsprozeß geht weiter

Als die SED vor der Konsequenz stand, auch Christa Wolf wegen ihrer Unterschrift auf dem Dokument gegen die Ausbürgerung Biermanns aus der Partei auszuschließen, scheint sie noch rechtzeitig die Bremsen gezogen zu haben. Auf die eine Ausbürgerung folgten die mehr oder minder freiwilligen Auswanderungen von jungen Schriftstellern und Künstlern aus der DDR. Vielleicht erinnerte sich jemand im Politbüro an das vernichtende Urteil des KPF-Mitglieds und Kultur-Papstes Louis Aragon über die kulturelle Lage in der CSSR nach 1968: "Ein Biafra des Geistes". . . .

Die polnische Führung scheint schließlich doch Frieden mit den gegen die abrupten Preiserhöhungen protestierenden Arbeitern und deren intellektuellen Verteidigern schließen zu wollen, sich wohl erinnernd daran, daß in Ungarn 1956 das gefährliche Gemisch aus verbündeten Arbeitern und Intellektuellen die Explosion so nachhaltig ausgelöst hat.

Ungarn hat nicht nur aus 1956 die Lehren gezogen und durch die Politik Kaders die nationale Versöhnung zwischen der Arbeiterpartei des Landes (die unter Rákosi eine Vasallenrolle gegenüber Moskau gespielt hat) herbeigeführt; die vorsichtige Unterstützung der "Eurokommunisten" unterstreicht eine unter der Hand, langsam und geduldig ausgebaute Position der "Neutralität" sowohl gegenüber den eigenen Bündnis-Partnern, als auch gegenüber dem Westen. (Ungarns Westgrenze verläuft entlang der weichsten Stelle des westlichen Imperialismus. . . .)

Auch Ceauçescu scheint sich des schreienden Widerspruchs zwischen despotischer Herrschaft der Bürokratie im Inneren und der Unterstützung, ja Lobpreisung der "eurokommunistischen" Strategie bewußt zu werden. Der jugoslawische Nachbar bietet dafür eine natürliche Orientierungshilfe.

In der CSSR dürften die "Normalisierer" mit Husak an der Spitze unter

„Die Vorlesung der Menschenrechte beginnt mich langsam zu langweilen. Oder willst Du, daß ich Dich nochmals zusammenschlage?“



derartigem Druck seitens der Erben des "Panzerkommunismus", der unbewältigten stalinistischen Vergangenheit stehen, daß sie sich selbst zu den Vollstreckern dieser Erbschaft machen, nur um eine Kontrolle der schlimmsten Dinge sich vorbehalten zu können. Ihre Ratlosigkeit dürfte nur von ihrer Verlegenheit übertroffen worden sein, als ihnen trotz aller Repressionen gegen die Anhänger und Protagonisten des Prager Frühlings die Charta 77 auf den Tisch flatterte. Die Stärke dieses Dokuments rührt von seiner politischen Unangreifbarkeit her: es fordert nur, was die CSSR-Staats- und Parteiführung in Helsinki selbst (als Korb 3 deklariert) mit unterzeichnet hat. Die Charta 77 ist nicht nur ein Dokument des Mutes, es ist ein glaubwürdiges Dokument, von Menschen verfaßt und unterschrieben, die ihre eigenen politischen Realitäten beklagend den dringend nötigen Hinweis auf westliche Zustände, auf Pinochets Konzentrations- und Folterlager nicht vergessen; es ist ein politisch kluges Dokument, weil es das bestehende System trotz aller seiner Mängel und Fehler nicht in Bausch und Bogen verwirft, sondern seine Verbesserung, seine Vermenschlichung, den gelebten lebendigen Sozialismus statt des proklamierten, in Phrasen erstarrten fordert und für möglich hält! Es ist ein Dokument der Hoffnung (einer übrigens durchaus revolutionären Kategorie): nach neun Jahren Biafra des Geistes melden sich tausende Geister (stellvertretend für Zehntausende) zu Wort, Geister im

materialistischen, im humanistischen Sinn, die die Gespenster des Stalinismus und ängstlichen Bürokratensozialismus dorthin verweisen, wo sie endlich hingehören: in die Geschichte, in die Vergangenheit. Dann wird auch der 21. August 1968 Geschichte, endgültig Vergangenheit sein.

Z.P.



*) (Auf die Situation und auf die Entwicklung in den Kommunistischen Parteien Englands und Schwedens werden wir in der nächsten Nummer der OL eingehen).

Selbstporträt eines "Kommunisten"

Die KPÖ und ihre Führung, die "Volksstimme" und ihre Redaktion schrecken vor nichts zurück. Für sie gilt das abgewandelte Sprichwort: lieber ein nichtendenwollender Untergang als ein Untergang mit Ende. Es gibt die Nesseln nicht, die von den Brüdern im Osten gezüchtet wurden, in welche sie sich nicht mit aller Entschlossenheit hineinsetzen würden. Und



wenn alle noch so falschen Argumente ausgegangen sind, greift man – zum Rufmord. Kalt und nach altbewährter Methode. So im Falle des ehemaligen Mitdenkers und Mitgestalters des Prager Frühlings, Zdenek Mlynar, der sich, wie viele sowjetische und DDR-Bürger, freiwillig ausbürgern ließ, um dem täglichen Kleinkrieg mit der Großmacht Staats- und Parteibürokratie zu entrinnen.

Der Chefredakteur der "Volksstimme", Hans Kalt, benützt diese Gelegenheit, um auf Seite 4 (19. Juni 1977) dem Ausgebürgerten im Exil gleich einen Tritt von hinten zu verpassen. Er zitiert die "Rude Pravo", die im März d.J. die letzte abgefeimteste Kampagne gegen den zuletzt als Käfer-Forscher beschäftigten Mlynar einleitete, indem sie den häßlichen Übereifer eines jungen Kommunisten enthüllte, der seinen Vater beim Zentralkomitee der KPTsch Anfang der 50er Jahre denunziert hatte. Das waren Jahre der von oben verordneten Hexenjagd nach dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform, der damals auch ein Husak zum Opfer fiel, wenn er auch im Gegensatz zu Slansky und anderen immerhin mit dem Leben davorkam. Was muß das für eine Zeit gewesen sein, wo junge Kommunisten ihre Väter anzeigten? – ist die einzige (menschen)mögliche Reaktion auf solche Enthüllungen der "Rude Pravo".

Seither gingen Jahre dahin, Jahre des Novotny-Regimes, seines Sturzes, und ein Jahr, wo Leute wie Mlynar und Husak gemeinsam versuchten, alle Konsequenzen aus den vergangenen Fehlern und Verbrechen zu ziehen, damit das alles nie wieder möglich werde. Das Experiment scheiterte, es wurde unter Panzerketten zermalmt. Die Jahre des Terrors kehrten zwar nicht wieder, aber der (Un)Geist jener Jahre herrscht über Land und Leute, wie die Methoden der "Rude Pravo" zeigen.

Mlynar, heute doppelt Ausgestoßener (seines Landes und eines Sozialismus, an den er in seiner Jugend bis zur Unmenschlichkeit glaubte), hat sich geändert. Hans Kalt blieb der alte. Er ist wie ein Alb, der auf dem Hirn der Lebenden lastet...

Zsolt Patka



Dokument

Eine jugoslawische Stimme zum „Eurokommunismus“

Nachfolgender Auszug aus einem Interview des Zagreber "Vjesnik" mit dem Präsidialmitglied des jugoslawischen ZK und Verantwortlichen für die Beziehungen mit den kommunistischen und Arbeiterparteien, Alexander Grlickov, gibt die Positionen des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens gegenüber dem "Eurokommunismus" in klarer und interessanter Form wieder. Solche Stellungnahmen werden KPÖ-Mitglieder in der "Volksstimme" oder in "Weg und Ziel" vergeblich suchen...

Vjesnik: Im Bund der Kommunisten Kroatiens beginnt man soeben das sechste Thema des Programms der ideologisch-politischen Bildung auszuarbeiten. Was gäbe es zur Entwicklung in der Welt und in der internationalen Arbeiterbewegung zu sagen und besonders zum "Eurokommunismus"? (gekürzt)

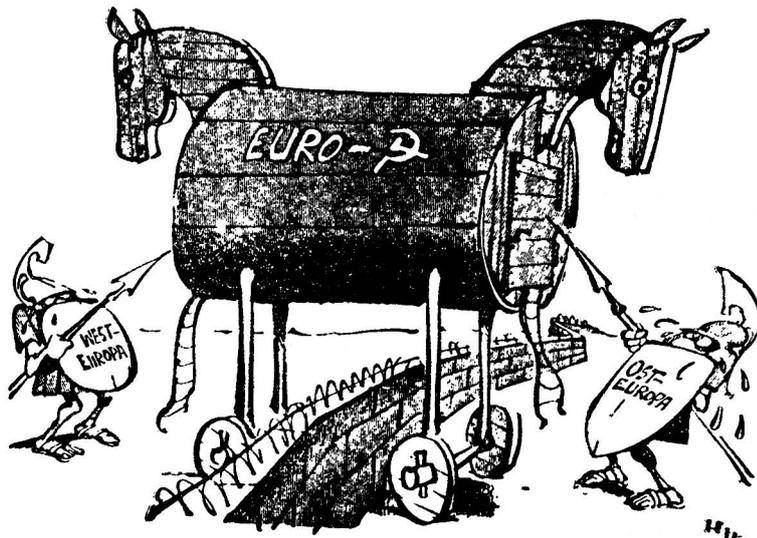
Grlickov: Phänomene und Prozesse entstehen und entwickeln sich nicht in "reiner" Form: in ihnen gibt es in der Regel eine Menge Widersprüchlichkeiten. Dialog und Polemiken sind nicht wegzudenken, denn wir leben in einer Welt großer radikaler Veränderungen und daher auch in einer Ungewißheit der restlosen Erkenntnis. Die ideologisch-politische Bildung ist nicht nur die "Auffrischung" des Bekannten, sondern auch das Verständnis dessen, was neu ist.

In dieser Form müssen wir an alle internationalen Fragen herangehen, so auch an den Stand, die Entwicklung und die Politik der sozialistischen Kräfte in ihrer Gesamtheit und besonders der Arbeiterbewegung und der kommunistischen Bewegung. Alle sozialistischen Kräfte überprüfen und adaptieren ihre Strategien. Die Intensität dieser Vorgänge ist offenkundig und hat ihre Ursache in den radikalen gesellschaftlichen Veränderungen in der Welt, einer Welt des Kapitalismus und des Sozialismus. Eine dieser Strategien im Gesamtkomplex der Strategien des Sozialismus erhielt die Bezeichnung "Eurokommunismus".

Der "Eurokommunismus" kann nicht als einheitliche Strategie betrachtet werden. Ich kann hier den Sinn und Inhalt der Strategie des "revolutionären Reformismus" als eines friedlichen Weges im Kampf um gesellschaftliche Umwälzungen freilich nicht erschöpfend erörtern. Ich werde nur die wichtigsten strategischen Koordinaten erwähnen.

Gesellschaftliche und strukturelle demokratische Reformen sollen zur Änderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeiterklasse beitragen, eine Umverteilung der gesellschaftlichen Macht und damit eine Umverteilung des nationalen Reichtums bewirken. Der "revolutionäre Reformismus" plant nicht den Sturz des Staates, sondern eine Transformation mittels revolutionärer Reformen. Darin liegt der Sinn der möglichen Teilnahme der Kommunisten an der Regierung, aber nicht, um das bestehende System zu verbessern, sondern um es zu verändern.

Die demokratischen Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie werden als Stütze für die Durchführung gesellschaftlicher Veränderungen betrachtet. Die parlamentarische Demokratie wird als mögliche Form für den Aufbau und des Sozialismus selbst erachtet, natürlich unter der Bedingung, daß der Mechanismus ihres Funktionierens demokratisiert wird. Vorgesehen ist die Nationalisierung nur der großen Industrien und der Banken, sowie eine Agrarreform in unterschiedlichen quantitativen Dimensionen.



Trojanisches Pferd

Bei der gesellschaftlichen Veränderung als ihrem Hauptziel rechnen die kommunistischen Parteien auf das Bündnis und die Unterstützung aller linksorientierten Kräfte, nicht nur der klassischen Linken, sondern auch anderer fortschrittlich orientierter Kräfte, das bedeutet, daß sie auf die Unterstützung der Mehrheit der Gesellschaft zählen.

In der internationalen Politik treten diese kommunistischen Parteien dafür ein, daß das "Europa der Monopole" von einem "Europa der Arbeiter" ersetzt wird; sie wollen, daß die Aufteilung in Blöcke überwunden wird; sie sind gegen die Wiederbelebung des Atlantikpaktes, wollen aber auch nicht, daß er einfach aufgelöst wird. Sie meinen, daß eine solche Strategie den Einfluß von außen auf den Prozeß der gesellschaftlichen Veränderungen in ihren Ländern und in Europa überhaupt verhindern könnte.

Diese Strategie wird also durch zahlreiche, sehr komplizierte, oftmals widersprüchliche politische, ökonomische und soziale Faktoren von innenpolitischer und internationaler Bedeutung bestimmt. Um sie zu begreifen, ist eine tiefe marxistische Analyse der heutigen Welt, ihrer nationalen und internationalen Verhältnisse notwendig. Unverständnis führt zu Vereinfachungen verschiedener Art, von dogmatischen bis zu antikommunistischen.

Die italienischen Kommunisten betonen, daß der "historische Kompromiß" als Konzeption den italienischen Ver-

hältnissen entspricht und nur für sie gilt, wie sich auch die Konzeption der KPF vom "Sozialismus französischer Färbung" nur auf dieses Land bezieht. Das gleiche gilt für die Programme der KP's Spaniens, Großbritanniens, Belgiens, Portugals, die Partei der linken Kommunisten Schwedens und andere. Ich erwähne noch, daß es in letzter Zeit im Programm der KP Japans zu größeren Veränderungen gekommen ist, so daß auch diese Partei häufig zu den "Eurokommunisten" gezählt wird. (gekürzt)

V.: Hat der "Eurokommunismus" nur deshalb Erfolg, weil er betont, daß er von der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und von der UdSSR unabhängig ist, weshalb er in diesen Ländern breiteste Unterstützung nicht nur von den Kommunisten bekommt, oder hat sich der "Eurokommunismus" vielleicht gerade dadurch geschichtlich selbst begrenzt, und seine Rolle beschränkt sich auf eine kurze Zeitspanne und erstreckt sich nicht auf die breiteren Perspektiven der Schaffung des Sozialismus?

G.: Ich habe vorhin davon gesprochen, daß Vereinfachungen der Politik dieser Parteien sich auf konstruierte Auslegungen konzentrieren - alles Wesentliche im "Eurokommunismus" will man durch das Prisma der Beziehungen zu Moskau betrachtet wissen, und das in allen Aspekten dieser Beziehung. Eine solche Auffassung ist für die jugoslawischen Kommunisten völlig unannehm-

bar, sie ist ein unangemessenes Instrumentarium zur Einschätzung des Wesentlichen in der Politik der Parteien des "Eurokommunismus".

Denn die KP Italiens oder die KP Frankreichs zum Beispiel haben bedeutende Veränderungen in ihren strategischen Projekten vorgenommen, wobei sie von den nationalen, innenpolitischen Bedingungen in ihren Ländern und von der Lage in der Welt und in Europa ausgingen. Das taten sie nicht nur, um ihre Unabhängigkeit zu bekräftigen, um sich ein Alibi ihrer Unabhängigkeit zu schaffen, oder weil sie hofften, das würde als Selbständigkeit aufgefaßt werden. Eine solche Rechnung wäre von kurzer Dauer.

Zweitens, wer behauptet, der "Eurokommunismus" verdanke seine Erfolge in erster Linie der Betonung der eigenen Unabhängigkeit, begibt sich in die Sphäre reiner Spekulation und verschließt die Augen vor den Tatsachen. Warum sollten die Wähler den Kommunisten immer größeres Vertrauen schenken, wenn diese das Vertrauen nicht vorher gerechtfertigt hätten? Warum bangen die offiziellen Strukturen des Westens vor dem Eintritt der Kommunisten in die Regierungen dieser Länder, wenn das Kommunisten sind, die sich vom Einfluß Moskaus "befreit" haben? Augenscheinlich hat dies ganz andere Wurzeln.

Keine Partei, am wenigsten eine, die die Interessen der Arbeiterklasse vertritt und eine nationale Kraft darstellt, kann ihr Ansehen und ihren Platz in der Gesellschaft auf irgendwelchen streng begrenzten Motiven begründen. Wir glauben, daß es die Absicht der Kommunisten dieser und anderer Parteien ist, für gesellschaftliche Veränderungen und den Sozialismus in ihren Ländern zu kämpfen und daß sie überzeugt sind, daß ihre eigenen Erkenntnisse und ihre aus diesen resultierenden Schlußfolgerungen am besten ihren Bedingungen entsprechen. Darüber wird die Geschichte ihr Werturteil abgeben, und die Verantwortung hierfür tragen diese Kommunisten selbst vor ihrer Arbei-

terklasse. Das Ziel ist der Aufbau eines Sozialismus, den die Mehrheit gutheißt, und diese Absicht kann nicht durch kurzlebige Schritte verwirklicht werden.

V.: Bestimmte westliche marxistische Theoretiker meinen, daß der pluralistische Sozialismus, den diese KP's in ihren Ländern anstreben, die höchste Form der sozialistischen Demokratie ist, und zwar nicht nur für diese Länder, sondern überhaupt. Ist nicht eine solche Auffassung des Sozialismus dennoch geschichtlich begrenzt? Wie würden sie den pluralistischen, d. h. Mehrparteien- - "parlamentarischen" - und den Selbstverwaltungssozialismus miteinander vergleichen?

G.: Es versteht sich, daß der "pluralistische Sozialismus" nicht die höchste Form der Demokratie sein kann. Die höchste Form der Demokratie ist die unmittelbare Demokratie, in welcher der Produzent über den gesamten Mehrwert verfügt. Das ist das Moment der Verknüpfung der notwendigen Arbeit mit dem Mehrwert der Arbeit. In diesem Augenblick zeigt sich die geschichtliche Begrenztheit des Pluralismus, denn es kommt nun endgültig zur Umverteilung der Macht auf Grund der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Den "pluralistischen" und den Selbstverwaltungssozialismus kann man faktisch nicht vergleichen. Es gibt keinen solchen Vergleich. Der Pluralismus der Parteien rührt von unterschiedlichen Interessen der Klassen und sozialen Schichten, aus den auf den Kapitalbeziehungen begründeten gesellschaftlichen Verhältnissen, während der Selbstverwaltungssozialismus auf gesellschaftlichem Eigentum, auf den Zielen des Aufbaus, der unmittelbaren Demokratie beruht, und diese beginnt in der Sphäre der Wirtschaft. Deshalb ist der Bund der Kommunisten der Ansicht, daß die Wege des Kampfes um den Sozialismus verschieden sind und objektiv von komplizierten Faktoren bedingt werden. Das bedeutet, daß nicht ein Weg als der einzige und allgemeine, prinzipielle, ganz gleich unter welchen Bedingungen, proklamiert werden kann.

(Interview veröffentlicht im "Vjesnik" vom 30. 4., 1. und 2. 5. 1977)



Sri-Lanka - Pakistan - Indien

Keine Lösungen gegen schlechte Lösungen

Sri Lanka

1970 errang die sogenannte Freiheitspartei Frau Bandaranaike gegen die Konservativen einen überwältigenden Sieg. Sie nahm Trotzlisten und Kommunisten in ihre Regierung auf, was damals in der Weltöffentlichkeit beträchtliches Aufsehen erregte. Die Volksfront von Sri Lanka hielt nicht lange. Ausgerechnet von links wurde das Regime unter schwersten Druck gesetzt: das Zehntausende zählende arbeitslose Proletariat von jungen Akademikern. "Gueveristen" nach Che Guevara genannt, probte den Aufstand und mußte mit vereinter west-östlicher Hilfe hinter Stacheldraht gesperrt werden. Die Koalition des "Fortschritts" zerfiel, Frau Bandaranaike eiferte bis ins kleinste Detail dem großen Vorbild Indira Gandhi nach - und scheiterte nun wie diese. (Auch unter Frau Bandaranaike blühte Korruption und Vetternwirtschaft, wurde der Familienclan, voran



der Sohn der Regierungschefin, in führende Positionen gehievt und auf unangenehme Art und Weise in allen Belangen tonangebend). Die Niederlage bei den Mitte Juli abgehaltenen Wahlen war für die kleine Indira des ehemaligen Ceylon noch größer als für die große Indiens bei den Parlamentswahlen: die Konservativen erhielten 90% der Stimmen, 128 der 168 Mandate. Die Vereinigte Linksfrente von moskautreuen Kommunisten und heimatlosen Trotzlisten erlitt schwere Verluste und blieb ohne Mandat. Um das Maß politischer Sonderbarkeiten voll zu machen, sprach der Chef der Konservativen, Jayewardene, von einer "sozialdemokratischen" Lösung der Probleme Sri Lankas. (20% Arbeitslose, 300% Inflation, separatistische Tendenzen im Norden des 13,5 Millionen Menschen zählenden Insel-Staates). Ob da nicht gegen eine schlechte Lösung diesmal eben keine Lösung gewählt wurde?

Pakistan

Als die Massen nach manipulierten Wahlergebnissen auf die Straße gingen und den Rücktritt Ali Khan Bhuttos forderten, ließ Bhutto in die Menge feuern. Nun wurde er seinerseits von einem darin erfahrenen Militär ge- feuert.

Die von Ali Khan Bhutto gegründete "sozialistisch" orientierte Pakistan People's Party (PPP) trug zum Sturz Ayub Khans bei, gewann die Wahlen im Dezember 1970, und Bhutto löste 1971 nach der Gründung von Bangla Desh als Ergebnis des Bürgerkriegs den Präsidenten Yahya Khan ab. Nach der Erlassung einer neuen Verfassung 1973 übernahm Bhutto das Amt des Ministerpräsidenten und beendete damit eine 15-jährige Mili-



tärherrschaft in Pakistan, die nur vier Jahre auf ihre Wiederkehr warten mußte.

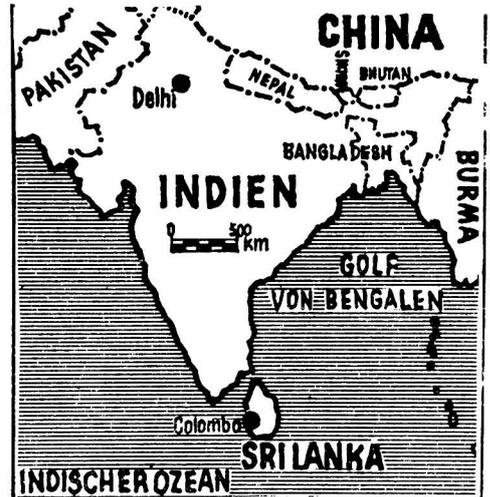
Bhutto betrieb eine Politik der vorsichtigen Reformen, er hob alle feudalen Vorrechte auf und bekämpfte die Kapitalflucht, indem er die Pässe der reichsten Familien und ihrer Verwandtschaft einziehen ließ. Um mit den Schwierigkeiten des Landes fertig zu werden, forderte er immer mehr Sondervollmachten und ließ die Stimmen der Opposition (der Pakistanischen Volks-Allianz) bei den letzten Wahlen so gründlich unter den Tisch fallen, daß er 150 der 200 Parlamentssitze für sich beanspruchen konnte. Sein Schießbefehl gegen Demonstrierende und die verschiedenen darauf folgenden Auseinandersetzungen forderten über 300 Tote und Tausende Verletzte.

Auf die schlechte Lösung Bhutto folgte keine Lösung durch die Militärdiktatur: als probates Mittel gegen Gesetzlosigkeit und Anarchie wurden alt-mohammedanische Strafen eingeführt, wie öffentliche Auspeitschung und Handabschlagen - allerdings in Anwesenheit eines über die Kunst der modernen Anaesthetie verfügenden Arztes.....

Indien

Indira Ghandi und ihre neue Kongreßpartei wurden auf zweimal demoliert: zuerst bei den Parlamentswahlen, aus denen sie bis auf die Grundmauern zerstört hervorgingen. Bei den drei Monate darauf folgenden Regionalwahlen wurden nun selbst diese Grundmauern, wo sie noch intakt geblieben waren, wie durch ein Nachbeben total zerrissen. Dazu beigetragen haben u. a. folgende Faktoren: die Weigerung der Rest-Kongreß-Partei, aus der ersten Niederlage Lehren und Konsequenzen zu ziehen und die überraschend konsequente Einlösung der Versprechen der ehemaligen Opposition und jetzigen konservativen Regierung unter Morayi Desai, alle politischen Parteien und Strömungen zu legalisieren und sie möglichst gleichberechtigt in der Öffentlichkeit wirken zu lassen. Sogar die Naxaliten, einst meistverfolgte linke Aufständische, durften kandidieren, die Massenmedien in Anspruch nehmen - und errangen beträchtliche Stimmengewinne vor allem in Kalkutta. Überhaupt Kalkutta, Provinzhauptstadt Westbengalens: Hier war der Sieg der radikalen und unabhängigen CPM (Communist Party/ Marxists) unter dem asketischen Führer Jyoti Basu so gründlich und groß, daß er, wohl oder übel, den Chefministersessel dieser Provinz einnehmen mußte. (Seine Partei erhielt 20 Unterhaussitze, die moskautreue CPI nur sieben). In dieser Entwicklung könnte sich etwas abzeichnen, was nach der schlechten Lösung der Dinge durch Indira Ghandi doch eine positive Alternative zu keiner Lösung entstehen lassen könnte.

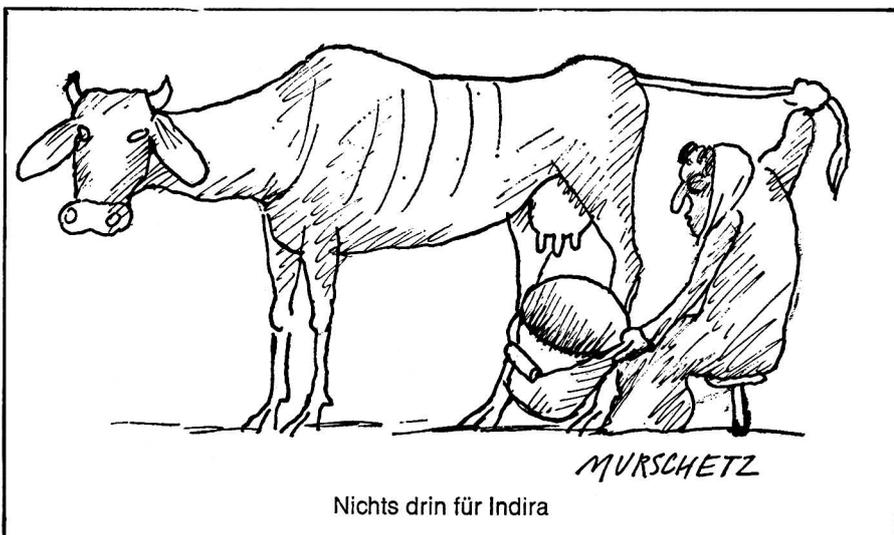
Z. P.



Zwangsterilisierung in Indien

Indien ist das klassische Land der sogenannten "Bevölkerungsexplosion". Die Menschen vermehren sich so rasch, daß Nahrungsmittelproduktion, Bereitstellung von Wohnraum, von Schulen, von gesundheitlicher Versorgung usw. nicht Schritt halten können. Von offiziellen Stellen geförderte Familienplanungsbestrebungen gibt es zwar schon seit 1930, doch ihre Auswirkungen waren gering. Experten der Weltbank und anderer Entwicklungshilfeorganisationen sagten der indischen Regierung mit immer größerem Nachdruck, daß man die Probleme des Landes nicht lösen könne, wenn es nicht gelänge, das Bevölkerungsproblem in den Griff zu bekommen, machten weitere Unterstützung offen oder andeutungsweise von Erfolgen bei der Familienplanung abhängig.

Unter diesem sich immer mehr verstärkenden ausländischen Druck entschloß sich die Regierung Indira Ghandi 1972 zu einer großen Kampagne: Eltern, die schon mehrere Kinder hatten wurden aufgefordert, sich freiwillig sterilisieren zu lassen. Man errichtete Camps zur Durchführung des Eingriffs, zahlte den Sterilisierungswilligen eine relativ hohe Prämie (etwa 10 bis 20 Tageslöhne), die Kampagne wurde von den Massenmedien kräftig unterstützt und hatte zunächst auch Erfolg. In den ersten 12 Monaten ließen sich mehr als 3 Millionen sterilisieren, und man kann annehmen, daß es sich dabei um echte Freiwillige handelte, beziehungsweise um Menschen, die durch die hohe Prämie angelockt, aber nicht durch direkten Zwang getrieben wurden. Doch dann war dieses Reservoir erschöpft und die Zahlen der freiwilligen Sterilisierungen begannen drastisch abzusinken. Für ein Land mit über 500 Millionen Einwohnern und einem jährlichen Bevölkerungszuwachs von etwa 10 Millionen war diese "erfolgreiche" Kampagne nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Und der Druck der ausländischen Entwicklungshilfeorganisationen hielt weiter an.



Nichts drin für Indira

Sterilisierung nach Planzielen

Nach der Einführung des Ausnahmezustandes im Juni 1975 entschloß sich Indira Ghandi deshalb die Sterilisierungskampagne zu intensivieren. Den einzelnen Bundesstaaten und Verwaltungsbezirken wurden Planziele gesetzt und von oben her Druck ausgeübt, wenn sie nicht erfüllt wurden. Was das für Folgen hatte, konnten die indischen Zeitungen damals wegen der Zensur nicht berichten. Die Tatsachen werden erst jetzt allmählich bekannt, insbesondere durch die Veröffentlichungen eines Berichts einer Kommission unter Leitung von Prof. D. Banerji, Leiter des Instituts für Sozialmedizin an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Neu Delhi (siehe New Scientist, 5. Mai 1977).

Da es trotz der hohen Prämien nicht möglich war, genügend Freiwillige zu finden, wurden ökonomischer Druck und auch brutaler Zwang eingesetzt, um die Sterilisierungsziele zu erfüllen. Betriebe und Behörden zahlten ihren Angestellten keinen Lohn, wenn sie kein Sterilisierungszertifikat vorweisen konnten. Spitäler in Delhi lehnten die Aufnahme von Patienten mit schweren Krankheiten wie Malaria und Tuberkulose ab, wenn sie nicht sterilisierungswillig waren, die Bewilligung der verschiedensten Begünstigungen wie etwa Schulgeldermäßigung für die Kinder oder Benützung von Bewässerungskanälen, die Aushängung von Führerscheinen und anderen Zertifikaten wurden von der Vorweisung der Sterilisierungsbestätigung abhängig gemacht.

Wo das alles noch nicht genügte, um die gesteckten Planziele zu erreichen, wurden bei Morgengrauen Razzien in die Dörfer organisiert, Männer wahllos zusammengefangen, auf Lastautos verladen und zwangsweise ins Steri-

lisierungskamp gebracht. Die Folgen waren Massenflucht aus den Dörfern, wenn sich ein fremdes Fahrzeug näherte, aber auch Ausschreitungen und offener Aufruhr. In der Ortschaft Peepli, 40 km westlich von Delhi, drohte ein hoher Beamter, daß die Luftwaffe das Dorf bombardieren werde, wenn sie die Sterilisierungskampagne nicht unterstützen.

Über tausend Tote

Nach Angaben des neuen Gesundheitsministers Raj Narayin haben über tausend Personen als Folge der Sterilisierungskampagne ihr Leben verloren. Ein Teil ist im Verlauf von Unruhen getötet worden, hunderte weitere sind an den Folgen des Eingriffs gestorben, weil aufgrund der Gewaltanwendung und des Massenbetriebs - Ärzte führten manchmal bis zu hundert Sterilisierungen pro Tag aus - die hygienischen Vorkehrungen oft unzulänglich waren.

Im Zuge der Gewaltanwendung wurden wahllos oft auch junge Männer sterilisiert, die noch keine Kinder hatten, aber die Jagd nach der formalen Erfüllung der Planziele hatte auch umgekehrte und oft absurde Effekte. Sechzigjährige Witwen konnten ihre Renten nur bekommen, wenn sie sich sterilisieren ließen, siebzigjährige Männer wurden der Operation unterworfen, manche Leute ließen sich zweimal sterilisieren und kassierten die Prämie ein zweites Mal und ähnliches mehr.

Ökonomischer Druck und brutaler Zwang wurden - man ist versucht zu sagen, selbstverständlich - nur gegen die Armen und Entrechteten eingesetzt. Die Wohlhabenden und Einflußreichen konnten dem Druck entgehen, auch wenn sie

zahlreiche Kinder hatten. Mitglieder der Gemeinderäte wurden von oben her aufgefordert, selbst mit gutem Beispiel voranzugehen und sich sterilisieren zu lassen. Doch sie fanden bald den Ausweg, daß sie sich freikaufen, indem sie Ersatzleute stellten, die sich an ihrer Stellen für den Eingriff bereiterklärten.

Die Mitschuld des Westens

Die brutale Durchführung der Sterilisierungskampagne hat nach Ansicht der meisten Beobachter entscheidend zur vernichtenden Niederlage der Kongreß-Partei bei den letzten Wahlen beigetragen. Doch tatsächlich liegt nur die halbe Schuld bei der Regierung Indira Ghandi und die andere Hälfte bei den westlichen Entwicklungshilfsorganisationen, die auf sie Druck ausgeübt haben. Weltbankpräsident MacNamara und andere, wie der Präsident des Worldwatch Institute, Lester Brown, haben Indien für diese Kampagne volles Lob ausgesprochen, große Zeitungen des Westens wie der "Daily Telegraph", sowie auch "Readers Digest" haben die indischen Bestrebungen sehr positiv kommentiert.

Vielleicht die schlimmste Folge der Zwangsterilisierungen ist nach Ansicht von Prof. Banerji, daß in der Dorfbevölkerung nun ein tiefes Mißtrauen gegen alle Familienplanungsbestrebungen zurückgeblieben ist und auch gegen alle Ärzte und Behörden, die diese Kampagne so willfährig unterstützt haben. Das zeigt sich zum Beispiel in einem massenweisen Fernbleiben der Kinder von Impfungen gegen Pocken und andere Krankheiten, weil die Eltern befürchten, daß man ihnen insgeheim auch ein sterilisierendes Mittel einspritzen könnte.

G. B.

Informationen über das Russell-Tribunal

Gute Exportchancen: Modell Deutschland

Anders als in den meisten übrigen europäischen Ländern vollzieht sich die Umwandlung der BRD in ein autoritäres Staatsganzes nahezu ohne schlagkräftige innere Opposition. Gerade dieser Umstand sollte jenen die Augen öffnen, die bislang den hohen Tönen der BRD-Politiker: "Noch nie war Deutschland so frei", "Noch nie ging es uns so gut", Glauben geschenkt haben.



Innenpolitisch geht es heute in der BRD nicht darum, einer starken demokratischen Bewegung die Spitze zu brechen. Dazu wurde mit der Niederbringung der APO das Training längst abgeschlossen - spontane Protestbewegungen sind bereits miteinkalkuliert.

Das gigantische Ausmaß des Ausbaus der "Inneren Sicherheit" ließe sich von den aktuellen Kämpfen her nicht begründen und begreifen. Offenbar bereiten sich die Strategen der Inneren Sicherheit, die Betreiber von Atomkraftwerken, die imperialistischen Großmachtpolitiker sandkastenspielerartig auf die Bekämpfung wesentlich

breiterer, volksaufstandähnlicher Bewegungen vor. Damit sei der perspektivische und "utopische" Charakter des staatlichen Unterdrückungsapparates angesprochen. Die Aufstockung der Polizei auf Truppenstärke, ihre Ausrüstung mit Nato-Kriegsgerät, der Aufbau von Terror-Spezialeinheiten (z.B. das "Mobile Einsatzkommando" MEK) u. a. m. lassen auf das weitgefächerte strategische Kalkül schließen, welches dahintersteckt: absolute innere Kontrolle, Herstellung einer monolithischen staatlichen Zwingburg, bei angenommener Zunahme des Konfliktpotentials auf Weltebene.

Die staatliche Säuberungswelle (Berufsverbote, Zensurparagraphen etc.) wären vor diesem Hintergrund "nur" als Vorstufen zu betrachten. Längerfristig ginge es dann um die Liquidierung der letzten Reste von demokratischer Opposition und um die völlige politische Gleichschaltung der Bevölkerung der BRD.

Peter Brückner hat die Innenpolitik der BRD trefflich mit dem Begriff der "Präventiven Konterrevolution" charakterisiert.

Angesichts dieser Entwicklung kommt ein "Russel-Tribunal über die Repression in der BRD" gerade rechtzeitig - auch für Österreich!

"Das dritte Russel-Tribunal soll die Verhältnisse in der BRD behandeln!"

Die Anregung, ein solches Tribunal durchzuführen, kam von außerhalb der BRD. In Erinnerung noch die - sehr erfolgreichen - Tribunale gegen den Krieg in Vietnam und die Folter in Lateinamerika, führte die große Besorgnis, mit der die demokratische Öffentlichkeit in den Nachbarländern die politische Entwicklung der BRD beobachteten, zu den ersten Überlegungen hinsichtlich der Durchführung eines Russel-Tribunals über die Repression in der BRD, mit der deklarierten Absicht, damit der doch einigermaßen isolierten demokratischen Opposition in der BRD selbst bei der Überwindung

ihrer Lage unter die Arme zu greifen. Bis heute allerdings bestehen erhebliche Differenzen innerhalb der deutschen Linken bezüglich der Unterstützung des Tribunals.

Was hier interessiert sind einige eher allgemeine Überlegungen über den Charakter eines Russel-Tribunals, die gleichzeitig jenen Bereich markieren, wo weitgehend Übereinstimmung herrscht.

Russel-Tribunal setzen sich zur Aufgabe, an Hand konkreter Fälle die Verletzung von garantierten Menschenrechten auf die internationale Anklagebank zu bringen. Niemals Gegenstand eines Russel-Tribunals kann folglich die Verurteilung von Ideologien, ideologisierten Meinungen sein.



Beständig betont daher die Russel-Peace-Foundation ihren unabhängigen, autonomen Status. Darin liegt auch gleichzeitig die innere Stärke des Tribunals als unbestechliches und international angesehenes Forum jenseits gängiger Konfliktmuster, und jenseits der ausgeleiteten Bahnen bürgerlichen Demokratiespiels.

Geradezu als Begründungszusammenhang eines Tribunals mag dessen Nichteinmischung in Parteistreitigkeiten gelten. Eine der Grundvoraussetzungen für den Erfolg des Tribunals ist somit die Respektierung seines autonomen Charakters.

Damit sollten eigentlich Linke zu recht kommen.

Viel schwerer kommen damit die Herrschenden zurecht, ist ihnen doch

von vornherein der gängige Weg versperrt, das Ganze als das Werk der "staatszersetzenden Elemente", der "Demokratiefeinde", der "internationalen Terroristen und Kommunisten" zu verunglimpfen. Hier stellt sich einfach die Frage, wieweit sie in ihren Attacken gegen die Russel-Peace-Foundation selbst gehen wollen.

Das Russel-Tribunal geht auch Österreich etwas an

Eine weitere - sofort einleuchtende - Grundvoraussetzung für den Erfolg eines Tribunals ist seine weltweite Propagierung in der Öffentlichkeit.

Die Dimension, die die Öffentlichkeitsarbeit erreichen kann, wird dabei sehr stark von den je konkreten Verhältnissen in einem Land abhängen. Weiter oben war von der Besorgnis die Rede, mit der die Entwicklung in der BRD verfolgt wird.

Nun - die österreichische Variante der Besorgnis läuft zunächst einmal in die umgekehrte Richtung.

Im Zusammenhang mit der Fahndung nach der RAF läßt sich von totaler Gleichschaltung der österreichischen Medien sprechen, denen damit gleichzeitig das zweifelhafte "Verdienst" zukommt, den fanatischen Feldzug des BRD-Sicherheitsdienstes in aller Öffentlichkeit durch äußerst mitfühlende und verständnisvolle Darstellung verherrlicht zu haben.

Der "Fall Altvater" z. B. zeigt deutlich die Zusammenarbeit der österreichischen Behörden mit dem BRD-Sicherheitsdienst auf, wie sehr also die österreichischen Schnüffler bereit sind, "Winken" aus Deutschland sofort Folge zu leisten, und vor allem in welchem hohem Ausmaß die Hysterisierung der Verhältnisse eine Verunsicherung der Rechtssphäre mit sich bringt. Ein exemplarischer Fall.

Nach wie vor weigert sich die österreichische Parteiöffentlichkeit von Berufsverboten im Zusammenhang mit dem Radikalenerlaß zu sprechen. Keinerlei kritische Stimmen waren von dieser Seite her zu vernehmen, als in der BRD von der Einschränkung des Asylrechts die Rede war.

Gegen falsche Solidarisierung

Es ist nötig geworden, ohne Beifall von der falschen Seite zu scheuen und ohne damit die Kritik an den Rechtswidrigkeiten der Prozesse gegen "Terroristen" und den Haftbedingungen der wegen Handlungen aus politischen Motiven Inhaftierten zu mindern, ebenso rücksichtslos klarzustellen:

Es muß zwar die Kritik an diesen Rechtswidrigkeiten – und zwar um des Rechtsstaates willen, an dessen grundlegenden Prinzipien die sozialistische Bewegung sehr interessiert ist – weitergehen; es darf daraus aber keine Solidarisierung mit den von diesen Rechtswidrigkeiten Betroffenen folgen.

1. Die Arbeiterbewegung hat gewußt, weshalb sie von jeher in der vordersten Front der Kriegsgegner stand. Jeder Krieg erschüttert die auf schwachen Füßen stehende Rechtsstaatlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft und brutalisiert deren Institutionen und Menschen, die in ihnen tätig sind. Die Nachahmung der lateinamerikanischen Stadtguerilla bei uns bringt den anti-imperialistischen Kampf in die blutige Form des Krieges, bevor diese Form des Kampfes durch die Machthaber aufgezungen wurde. Es war vorauszusehen und wurde genugsam gewarnt: Die bürgerlichen Rechtsinstitutionen und ihre Träger werden das nicht aushalten. Alle jene Rechtswidrigkeiten samt

den übrigen Repressalien, die Transformation zum autoritären Staat, sind (neben anderen Ursachen) auch Folgen der Kriegsaktionen gegen diesen Staat. Über diese Folgen zu jammern, nachdem man sie selbst heraufbeschworen hat, ist kindisch.

2. Die Aktionen der RAF und ihrer Nachfolger und Nachahmer beweisen ihren pseudo-revolutionären Charakter: Seit der Baader-Befreiung im Mai 1971 hatten von ihnen nur die zwei, zu denen die Stammheimer selbst sich bekannt haben – die Bombenanschläge auf amerikanische Institutionen in Heidelberg und Frankfurt 1972 – eine politische Tatmotivation. Alle übrigen – Bankeinbrüche, Geiselnahmen, Polizisten-Erschießungen – dienten der Selbst-Reproduktion der Gruppe. Nie wurde etwas im Interesse der von dieser Gesellschaft Unterdrückten unternommen. Ausschließlich mit ihrer Selbst-Reproduktion beschäftigt, unterschieden sich ihre Handlungen nicht mehr von denen einer kriminellen Gruppe. Das gilt auch für die als "Bestrafung" ausgelegte Ermordung Bubacks.

3. Die Bezeichnung dieser Ermordung als "Hinrichtung" bedeutet, daß diese "Revolutionäre" die Todesstrafe wieder einführen, während wir in diesem durch sie und durch eine sie als Vorwand be-

nutzenden Gegenpropaganda hysterisch gemachten Volk schwer genug zu kämpfen haben, daß der Fortschritt der Abschaffung der Todesstrafe erhalten bleibt. Daß außer Buback noch seine zwei Begleiter erschossen wurden, ist entweder Ausdruck der inzwischen eingefressenen Menschenverachtung – oder es soll bedeuten, daß die "Todesstrafe" nun auf alle Angehörigen des Justiz- und Polizeiapparates ausgedehnt wird. Der nihilistische Wahnsinn, der damit an die Stelle des antiimperialistischen Kampfes getreten ist, ist nunmehr offenkundig.

4. "Distanzierung" genügt hier nicht mehr. Es muß klaggestellt werden: Diese selbsternannten, selbst keinerlei Solidarität mit anderen Sozialisten praktizierenden "Guerilleros" haben aufgehört, Genossen zu sein. Sie sind objektiv Bundesgenossen und Werkzeuge der Reaktion geworden. Das ist es, was sie endlich einsehen müssen, und diese Einsicht wird ihnen verbaut durch Kundgebungen der Solidarität mit ihnen.

5. Darum: Die Zustände in unserer Strafjustiz, in der politischen Justiz und in den Haftanstalten sind vielfach so miserabel, daß Kritik und Protest sie in aller Schärfe treffen müssen. Dabei darf es aber weder um Sonderforderungen für die politischen Gefangenen ge-

hen noch um Rechtfertigung ihrer Handlungen und ihrer verderblichen Strategie. Es kann immer nur um alle Opfer dieser Zustände gehen.

6. Die drei Stammheimer Gefangenen sind auf politischem Wege zu ihrer irrigen Strategie gekommen. Meine Achtung ihrer Person und ihres Kampfes ums Überleben ist trotz der Kritik unvermindert. Sie kann sich nur darin ausdrücken, daß wir sie nicht zu Objekten unseres Mitleides machen, sondern sie als verantwortliche Subjekte ansprechen. Darum haben sie jetzt von uns vor allem anderen dies eine zu hören: Schluß mit der blödsinnigen Parole: "Den Widerstand bewaffnen!", die sie vor kurzem noch herausgegeben haben! Statt dessen sollen sie endlich alle ihre Sympathisanten innerhalb und außerhalb der Gefängnisse auffordern, mit der heimtückischen und idiotischen, politisch und menschlich gleich verwerflichen Morderei und dem kindischen Basteln von Sprengsätzen aufzuhören und die Mühe politischer Arbeit auf sich zu nehmen. Das ist der einzige Beitrag zum anti-imperialistischen Kampf, den sie nach dem Schaden, den sie angerichtet haben, jetzt von der Zelle aus leisten können.

HELMUT GOLLWITZER

Aus: "links", Nr. 90, Juli/August 1977.

Begehren allerdings deutsche Erzreaktionäre in Österreich Hof zu halten, oder beabsichtigen Faschisten und Ultrarechte in Österreich ihre Paraden, Versammlungen und Aufmärsche durchzuführen, findet sich immer ein Weg und oft sind Grußadressen oder gar offizieller Begleitschutz gerade noch gut genug.

Die Inangriffnahme der Unterstützungsarbeit für ein Russel-Tribunal über die BRD von österreichischer Seite her kann also von vornherein mit erhebli-

chen Schwierigkeiten rechnen, weiß man sich doch hierzulande nicht allzu weit entfernt von Deutschland.

Eine die Entwicklung der BRD kritisch aufs Korn nehmende öffentliche Auseinandersetzung hat in Österreich bis heute jedenfalls noch nicht stattgefunden.

Der österreichischen Initiative und den österreichischen Unterstützern muß bewußt sein – und das muß auch nach außen hin vertreten werden – daß zwischen dem jetzigen und den

früheren Tribunalen sehr wohl ein Zusammenhang besteht, und hier nicht der Wunsch der "Linksradikalen" der Vater des Gedankens war. Von vornherein entgegengewirkt muß auch dem Eindruck werden, hier werde die "schmutzige Wäsche" anderer gewaschen. Die einzige Gewähr gegen Versuche, das Tribunal und vor allem die Unterstützung als das Werk von gesellschaftspolitisch irrelevanten Sektierern abzustempeln, bietet eine breite Massenpropaganda, die das gesamte Ausmaß der Repression in der BRD zum Gegenstand hat.

Darüberhinaus steht ja die politische Entwicklung in der BRD nicht zusammenhanglos und schon gar nicht ohne Einfluß auf Österreich im Raum.

Insgesamt geht es also der österreichischen Initiative um den Aufweis der tiefgreifenden Abhängigkeit Österreichs von der BRD, um den Aufweis der permanenten Gleichschaltungsversuche in den Medien und in der Politik: denn immer noch gilt die Formel, was in der BRD passiert, wiederholt sich in Österreich in der einen oder anderen Form.

Bestellkarte für „offensiv links“

Ich möchte gerne "offensiv links" für ein Jahr abonnieren

NAME

ADRESSE

BERUF..... ALTER.....

Der Preis beträgt für das Inland: S 50,- (inkl. Porto)
für das Ausland: S 50,- (exkl. Porto)

Bitte ausschneiden und an die Adresse:

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 schicken.

wien aktuell

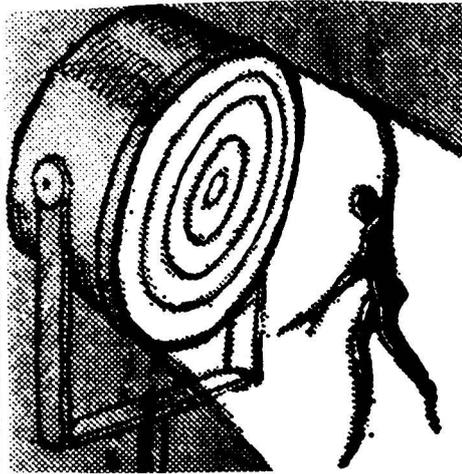
bietet Ihnen Informationen aus erster Hand
und gibt Ihnen mehr Einblick
in die vielfältige Tätigkeit der Stadt Wien

wien aktuell

die farbig illustrierte Monatszeitschrift der Stadt Wien
Einzelpreis: S 15. -
Jahresabonnement (mit Zustellung): S 160. -

wien aktuell

Bestellungen übernimmt:
"Englert-Austria", Zeitungs-Großvertrieb GesmbH
1111 Wien, Grillgasse 51, Telefon 74 43 52



Raus aus dem Ghetto!

Was den Erfolg der österreichischen Unterstützungsbewegung immer schon gefährdet hat, ist der äußerst schmale Bereich aufgeklärter bürgerlicher und der nahezu totale Mangel alternativer Öffentlichkeit in Österreich.

Somit war die Keimform der österreichischen Initiative ein weiteres Mal auf den universitären Bereich verwiesen, von wo weg das Setzen übergreifender Projekte allemal auf Schwierigkeiten und gesamtgesellschaftliche Ablehnung stößt.

Und außerdem war den österreichischen Bemühungen kein guter Start beschieden.

Von allen guten Geistern verlassen, driftete die Aufbauarbeit sehr bald in ein gehässiges innerliches Hick-Hack ab.

Erst jetzt, nach vier Monaten mehr oder weniger fruchtbarer Streitgesprächen, scheint sich das Ganze zum Besseren zu wenden.

Was so viel heißt, als daß sich nunmehr bis nach Österreich durchgesprochen hat, daß die Russel-Peace-Foundation nicht zum unmittelbaren Sympathisantenkreis der westdeutschen Linken zählt und somit Manipulationsversuche das Tribunal selbst gefährden.

Im Aufbau der breiten Propaganda zur Unterstützung des Tribunals, geht es angesichts der Vielschichtigkeit des Komplexes Repression um die Entwicklung einer möglichst breiten und modifizierten Bündnispolitik.

Österreichische Initiative zur Unterstützung eines Russel-Tribunals über die Repression in der BRD

Dem weltweiten Aufruf der Russel-Peace-Foundation zur Gründung nationaler Unterstützungskomitees für ein Russel-Tribunal über die Repression in der BRD wurde in Österreich mit der konstituierenden Sitzung der österreichischen Initiative vom 31.3.1977 Folge geleistet.

Vom Anfang an mit dem Gespenst der drohenden Spaltung konfrontiert, wurde in der Sitzung des Plenums vom 1.7.1977 mit folgendem Arbeitsprogramm versucht, den permanenten Fraktionskampf zu beenden.

Den Kern der derzeitigen Initiative bilden von der Themenstellung her autonome Arbeitsgruppen, die eine möglichst breite und fundierte Auseinandersetzung mit bereits vorhandenem Material über Repression in der BRD und in Österreich gewährleisten sollen. Es sind dies die Arbeitsgruppen "Neofaschismus", "Repression im Heer" (Querschläger), "Repression in den Medien", "Berufsverbote" und "Repression gegen Frauen" sowie die Arbeitsgruppen "Repression in den Gewerkschaften" und nach wie vor die Arbeitsgruppe "Politische Gefangene". Wiewohl eine solche Aufzählung den Eindruck erweckt, als wäre bereits ein breiter Arbeitszusammenhang hergestellt, sind die Augen größer als der Hunger, sprich: es besteht zwar Interesse, aber es gibt noch zu wenige Mitarbeiter. Also, für jede der Arbeitsgruppen gibt es noch leicht

die Möglichkeit einzusteigen. Derzeit besteht ein bis zum nächsten Plenum interimsmäßiges Sekretariat, das die notwendigen Koordinierungsarbeiten, die Aufrechterhaltung der Kontinuität über den Sommer hin und die gründliche Vorbereitung des Plenums wahrnimmt. Außerdem ist an den Aufbau eines unterstützten Komitees gedacht, das mit der Öffentlichkeitsarbeit betraut sein wird.

Zur weiteren Konsolidierung der Österreichischen Initiative wird überdies der Plan für eine Großveranstaltung im Herbst ausgearbeitet.

Es ist an ein umfassendes Rahmenprogramm gedacht, wo unter anderen ein Vertreter aus Deutschland und ein Vertreter der Österreichischen Unterstützungsbewegung zu Wort kommen werden. Je besser die Vorarbeiten, desto mehr Aussichten auf Erfolg für die Veranstaltung. Derzeit wird versucht, Vorschläge aus Deutschland zu bekommen.

Parallel dazu geht demnächst ein Aufruf zur Unterstützung der österreichischen Initiative hinaus, der einem möglichst breiten Spektrum von Persönlichkeiten, Gruppen und Institutionen zur Unterzeichnung vorgelegt wird.

Weiters plant die österreichische Initiative die Herausgabe eines regelmäßigen Infos. Mit Abschluß der Vorarbeiten wird man Ende September umfassende Resumes ziehen müssen.

Kontakt zur österreichischen Initiative: Peter, 73 29 574, schriftlich: Österreichische Initiative zur Unterstützung eines Russel-Tribunals über Repression in der BRD, Belvederegasse 10, 1040 Wien, Tel. 65 19 52.

LATEINAMERIKA ANDERS

Berichte, Analysen und aktuelle Informationen

JAHRES ERSCHEINEN:

Nr 1: Argentinien, Paraguay, Guatemala, Mexiko
(NEU AUFLAGE!)

Nr 2: Belize, Kolumbien, Peru

Nr 3: Bolivien, El Salvador

ARGENTINIEN: Repression und Widerstand
MEXIKO: Das verschleierte Skelett

IN VORBEREITUNG: ECUADOR, BRASILIEN: LANDREFORM, RÖLLE DES MILITÄRS IN LATEINAMERIKA

IGLA
INFORMATIONSGRUPPE
LATEINAMERIKA
1-5 - Wien,
Schönbrunnerstraße 24/25.
Telefon (0222) 57 38 293

"LATEINAMERIKA ANDERS" erscheint viermal jährlich.
Einzelpreis S 15,-,-, DM 18,-,- (-Porto), Abo S 60,-, DM 70,- (1 Jahr).
Fonten: Österr. Postsparkasse Nr. 1618, 395, Werner Horner
Zentralsparkasse Wien, 0-1 300 500, Manfred Nowak